



uster

Gemeinderat

Protokoll

**41. Sitzung des Gemeinderates
Montag, 7. Dezember 2009, 18:00 Uhr,
Gemeinderatssaal**

TRAKTANDEN,

Fortsetzung der Sitzung vom 30. November 2009

Fortsetzung der Sitzung vom 30. November 2009

- 4 Antrag des Stadttates betreffend Leistungsauftrag und Globalbudget 2010 / Finanzplanung 2011 bis 2013 (Anträge Nr. 337 und 339/2009)
 - 4.7 GF Stadtraum und Natur
 - 4.8 GF Hochbau und Vermessung
 - 4.9 GF Koordination Bildung
 - 4.10 GF Sicherheit
 - 4.11 GF Publikumsdienste
 - 4.12 GF Soziale Sicherheit
 - 4.13 GF Gesundheit
 - 4.14 GF Betreutes Wohnen
 - 4.15 GF Sport
 - 4.16 GF Sozialhilfe
 - 4.17 GF Primarschule
- 5 Festsetzung des Steuerfusses
- 6 Investitionen des Voranschlages 2010
- 7 Laufende Rechnung 2010

Präsenz

Vorsitz	Claudia Wyssen, Präsidentin
Protokoll	Catherine Wenzel, Parlamentssekretärin
Anwesend	35 Ratsmitglieder (inkl. Präsident)
Stadtrat	Martin Bornhauser, Stadtpräsident Heinz Wolfensberger, Abteilungsvorsteher Finanzen Thomas Kübler, Abteilungsvorsteher Bau (bis Traktandum 4.10) Sabine Wettstein-Studer, Abteilungsvorsteherin Bildung Barbara Thalmann Stammbach, Abteilungsvorsteherin Soziales Hans Streit, Abteilungsvorsteher Sicherheit Esther Rickenbacher, Abteilungsvorsteherin Gesundheit Hansjörg Baumberger, Stadtschreiber
Verwaltung	Peter Pfeifer, Controller
Entschuldigt	Thomas Wüthrich
Unentschuldigt:	
Verspätet:	
Presse	Christian Brüttsch, AvU Eduard Gautschi, TA Frank von Niederhäusern, SDA Stefan Hotz, NZZ

Der Präsident begrüsst speziell Frank von Niederhäusern, der heute seine letzte Gemeinderatssitzung für die Medien begleitet und verdankt seine Arbeit.

Es erfolgt der Namensaufruf durch die Parlamentssekretärin.

Änderung Traktandenliste/Tagesordnung

Es wird keine Änderung der Traktandenliste verlangt.

Persönliche Erklärungen:

Ruedi Gysi

*Sehr geehrte Frau Gemeinderatspräsidentin,
geschätzt Damen und Herren*

*Das Jahr neigt sich dem Ende zu,
endlich gibt`s ein wenig Ruh.
Das Parlament ganz ohne Frage,
geniesst die freien Weihnachtstage.
Man diskutierte manche Stunde,
in der erlauchten Runde.
Oft biss man sich die Zähne aus,
in diesem ehrenwerten Haus.
Was die Linken sehr gut fanden,
konnte Rechts dann gar nicht landen.
Kam von Rechts was in den Rat,
das Gegenteil die Linke tat.
Einig war man sich nur selten,
Parlamente sind halt Welten.
Im Parlament war nie ganz klar,
wer Samichlaus, wer Schmutzli war.
Man verteilte kräftig Fitzen
und brachte Gegner arg in`s Schwitzen.
Gar oft wenn Einer etwas sagte,
ein Anderer zu meckern wagte.
Das Jahr wird sich zu Ende neigen,
jetzt sollte man Versöhnung zeigen
und sich nun zum Zeichen,
überparteilich die Hände reichen.
Ruedi Gysi, SVP Gemeinderat*

Fraktionserklärungen:

Rolf Denzler

Fraktionserklärung

der SVP/EDU-Fraktion

Rückblickend auf die letzte Gemeinderatssitzung und die entsprechende Berichterstattung der Medien stellt die SVP/EDU-Fraktion folgendes klar:

Über das Wehklagen des Stadtrates der „Budgetprozess sei angeblich suboptimal verlaufen“, ist die SVP/EDU-Fraktion sehr erstaunt. Es ist ein spezielles Verhalten des Stadtrates, der scheinbar der Ansicht ist, daß das ungebremste Wachstum der Ausgaben vom Gemeinderat ohne Gegenwehr akzeptiert wird. Bläst dem Stadtrat bereits eine leichte Brise entgegen, fühlt er sich betupft und empfindet das als „Kriegserklärung“.

Bereits im Herbst, bei der Präsentation des Voranschlages, hat die SVP/EDU-Fraktion unmissverständlich mitgeteilt, dass wir mit dem aufgeblähten „Kugelfischbudget“ gar nicht einverstanden sind. Den Stadtrat hat dies nicht gekümmert und die hohen Ausgaben bzw. die erneute massive Ausgabensteigerung mit der sehr gesunden Finanzlage der Stadt Uster zu verharmlosen versucht. Doch – Der Stadtrat war deutlich vorgewarnt. Nicht einmal im Novemberbrief hatte es der Stadtrat für nötig empfunden, Erklärungen und Erläuterungen für das kritisierte Budget zu liefern.

Weniger als gar nichts kann man in einem Novemberbrief nicht mehr schreiben. Auch verschiedene andere Parteien haben den Voranschlag kritisiert. Jetzt in Wehmut zu verfallen und auch noch zu kritisieren, das Parlament habe versteckt und im geheimen Kürzungsanträge ausgeheckt, ist übertrieben.

Dass der Gemeinderat erst zum Voranschlag Stellung nehmen kann, wenn dieser vorliegt, muss doch dem Stadtrat klar sein. Es ist das gute und legitime Recht des Gemeinderates, in den Beratungen der Sachkommissionen und der Rechnungsprüfungskommission und wenn nötig erst in der Beratung im Gemeinderat Anträge zu stellen. Das ist der normale politische Geschäftsverlauf und somit der übliche Prozeß einer Budgetdebatte.

Die Parteien und Fraktionen des Gemeinderates haben ihre Meinungen und dürfen dies kundtun, d.h. den Voranschlag kritisieren, positiv würdigen und Anträge stellen. Der Stadtrat muss grundsätzlich immer, und beim vorliegenden Budget im Speziellen, damit rechnen, dass Kürzungs- oder Streichungsanträge gestellt werden. Wir betreiben noch keine Kuschelpolitik und sprechen die Kürzungsanträge mit dem Stadtrat vorher ab. Das Parlament hat eine andere Aufgabe als der Stadtrat. Die Zusammenarbeit steht nicht unter dem Motto „Friede, Freude, Eierkuchen“. Die Einwohner von Uster verlangen vom Parlament nämlich eine kritische Überprüfung des Finanzhaushaltes dieser Stadt.

Darum löst das Trotzgebaren des Stadtrates Kopfschütteln aus, wußte er doch genau, was kommen könnte. Hat der Stadtrat keine Eventualplanung und vorbehaltene Entschlüsse getroffen? Wohl kaum, wenn er so überrascht wirkt. Der Stadtrat hat sich einfach foutiert und geglaubt, dass die Kritik bei Präsentation des Voranschlages nur warme Luft gewesen sei – so nach dem Motto „zurücklehnen und die Probleme aufs nächste Jahr verschieben“.

Der Stadtrat hat im Voranschlag nicht nachvollzieh- und erklärbar aufgezeigt, wieso die Globalkredite um über CHF 7,0 Mio. ansteigen. Es gibt praktisch keine Leistungsveränderungen. Es gibt keine zusätzlichen Leistungs- und Wirkungsziele. Es ist daher unbegreiflich, dass die Globalkredite Jahr um Jahr steigen. Eine solche Erhöhung ist nicht akzeptierbar, wenn keine neuen, substanziellen Leistungsaufträge hinzukommen. Der Stadtrat hat nirgends begründet, dass er wesentliche, neue Leistungen benötige bzw. zusätzlich einführen will. Nur ein Beispiel: In den vergangenen Jahren wurde die Kostensteigerung mit einmaligen Projekten begründet. Im Voranschlag ist nicht aufgezeigt, dass sich die jeweiligen Kredite um diese Projekte reduzieren und um neue, zusätzliche Leistungen erhöht haben. Man geht bei der Budgetierung jeweils immer vom letzten Budgetbetrag aus und erhöht einfach

Allen Unkenrufen zum Trotz, auch von den Linken muss nun akzeptiert werden, dass auch unter NPM ohne Begründung erhöhte Globalkredite auch wieder gekürzt werden. Dies zudem ohne irgendwelche Forderungen bezüglich Streichung von Leistungen. Wir wollen bei dieser Ausgabensteigerung nicht mehr mitmachen. Wir verlangen bei unveränderten Leistungsaufträgen gleiche Leistungen zu weniger Kosten als jetzt budgetiert. Wir machen nur gleiches mit gleichem, indem wir unbegründete Erhöhungen wieder reduzieren – von Streichung oder Sparen darf jedenfalls gar nicht gesprochen werden. Es fließen auch nach dieser Budgetrunde immer noch einige Millionen mehr in die Verwaltung.

Mit seinem Papier zu den Kürzungsanträgen agiert der Stadtrat mit der Angst. Angst ist aber bekanntlich kein guter Ratgeber. Jetzt suggeriert der Stadtrat seinen vermeintlich guten Willen, um so gleichzeitig den Gemeinderat zu disqualifizieren und will damit zugleich noch die Verantwortung dem Parlament zuschieben. Das ist zu einfach. Wenn der Stadtrat erst wenige Tage vor der gemeinderätlichen Budgetbehandlung konkret zum Ausgabenwachstum Erläuterung abgeben kann, ist das jedenfalls kein Zeichen von planerischer, voraussichtlicher und strategischer Führung.

Wir verlangen nach wie vor, und in Zukunft noch viel ausgeprägter, tiefe Steuern und keine steuerähnlichen Gebühren oder Abgaben. Wir verlangen, wie es uns via NPM immer wieder versprochen und nie gehalten worden ist, eine schlanke und sparsame Verwaltung und keinen ständigen Ausbau der städtischen Verwaltungsbetriebe.

Meine Damen und Herren: Seien Sie versichert – wir bleiben dran!

7.12.2009

SVP/EDU-Fraktion

Rolf Denzler, Fraktionschef

Cla Famos

Konfusion um New Public Management

Sehr geehrte Gemeinderatspräsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren

Ich erlaube mir hier im Namen unserer Fraktion einige Bemerkungen zum NPM (New Public Management):

Die linke Ratsseite will uns und der Öffentlichkeit immer wieder weis machen, dass wir Bürgerlichen das NPM völlig missverstanden hätten. Wenn wir sagen, dass man weniger Geld ausgeben muss, dann heisst es sofort, dass man dann massive Leistungskürzungen in Kauf nehmen müsse. Man könne nicht einen Luxusstandard bestellen und nur einen 3.-Klass-Standard bezahlen.

Aber was ist NPM? Bei NPM geht es darum, dass der Gemeinderat nicht mehr wie früher in jeden einzelnen Budgetposten dreinredet, sondern nur noch die Leistungsziele und gewisse Indikatoren vorgibt und das dazu nötige Geld als Globalkredit spricht.

Für eine bestimmte Leistung wird also ein bestimmter Preis festgelegt. Dabei macht der Stadtrat einen Vorschlag, als wie hoch er den Preis für die Leistung ansetzen würde. Wenn der Gemeinderat nun diesen Preis nicht überall akzeptiert, sondern auch einmal sagt: „Das kann man auch günstiger machen.“ Dann ist das völlig normal. Denn wieso sollte der Preis der Leistung durch den Stadtrat, der ja der Leistungserbringer ist, alleine festgelegt werden?

Stellen Sie sich vor, Sie fahren an eine Tankstelle und wollen volltanken. Was würden Sie sagen, wenn das Bleifrei-Benzin plötzlich mit 2.5 Fr. pro Liter angeschrieben wäre? Wahrscheinlich würden Sie sagen: Bei anderen Tankstellen in der Gegend bezahle ich nur 1.62 Fr. Ich möchte auch hier nur so viel bezahlen.

Der Preis der Leistung ist also nicht einfach so festgesetzt. Und er kann schon gar nicht einfach durch den Stadtrat oder wie im GF Bürger- und Parlamentsdienste im Fall des Betriebsamtes sogar durch irgendeine kantonale Expertengruppe aus Betriebsbeamten festgelegt werden. Wo kämen wir denn da hin? Der Gemeinderat hat hier durchaus auch ein Wörtchen mitzureden. Er will nicht nur sagen können, was er bestellt, sondern auch, was er dafür zahlen will. Alles andere führt unweigerlich zu einer Kostenexplosion, und die kann unsere Fraktion nicht mehr verantworten.

Cla Famos, Gemeinderat FDP

Mitteilungen

Keine Mitteilungen.

4.7 GF Stadtraum und Natur

Für die Kommission Planung und Bau referiert **Simone Michel**.

Kommissions-Referat GF Stadtraum und Natur G1- G8

Zu B-2

Globalbudget 2010

Die Kreditzunahme im ganzen Geschäftsfeld beträgt im Soll 2010 im Vergleich zum 09 knapp 300 000 Sfr., d.h. fürs 2010 wird mit einer Gesamtsumme des Globalkredites von 4 Mio. (inkl. Internen Verrechnungen) gerechnet. Es wird eine Zunahme der ZVV-Beiträge von rund 320' 000 Sfr. für das verbesserte öV-Angebot, konkret den Ausbau des Fahrplans der S15, gerechnet. Die Verwaltung strebt also eine gleiche Leistungserbringung wie im 2009 mit rund 20 000 Sfr. weniger Kosten an.

Personal

Soll mit 6.5 Stellen gleich dotiert bleiben.

Investitionsplanung

Fürs 2010 stehen von geplanten Investitionen in der Höhe von 1, 45 Mio 1.25 für den Hochwasserschutz an.

Zu den einzelnen LG:

Allgemein ist zu sagen, dass die Einführung der Ziele und der Bezug zu den Leistungen Klarheit schafft. Herzlichen Dank für diese Anpassungen. Uster wird immer besser im NPM- Umgang. Natürlich waren einige redaktionelle Anpassungen nötig und werden im nächsten Bericht dementsprechend aufgeführt.

LG Stadt- und Verkehrsplanung

*G-3 Begrüssenswerte Neuerung in der **Einleitung** ist die Übersicht der Projekte mit einem zeitlichen Durchführungshorizont in Tabellenform.*

LG Natur und Landwirtschaft

G-5 Redaktionelle Anpassungen sind das Nachführen der Zielbezüge bei den Indikatoren sowie bei I 03 die Kommentaranpassung an die Prognose Plan 13, also min. Erhalten der Flächen.

G-6 Nettokosten Leistungsgruppe: Bei gleich bleibender Leistung will es die Abteilung schaffen, die Kosten im Vergleich zum Vorjahr um rund 100' 000 (das sind rund 12 %!) auf 726' 000 zu reduzieren.

LG Forstwirtschaft

G-8 Finanzen und Personal:

Eine leichte Erhöhung der Ausgaben fürs kommende Jahr kommt vor allem durch anfallende interne Leistungsverrechnung, anfallende Arbeiten im Stadtwald und dementsprechend geringeren Kapazitäten, für Dritte Dienstleistungen zu verrechnen, zu erwarten.

In der Kommission wurde ein Antrag auf Kürzung des Globalkredites um 200 000 Sfr. beantragt. Dieser wurde in der Kommission mit einer knappen Mehrheit abgelehnt.

Für die Kommission, Simone Michel

Für die Rechnungsprüfungskommission referiert **Jean-François Rossier**.

Die Ausführungen der RPK beschränken sich in diesem Geschäftsfeld auf die Bekanntgabe des Resultates des Kürzungsantrages, welcher anlässlich der RPK-Sitzung vom 23. November 2009 gestellt wurde.

Der gestellte **Antrag** lautet:

- *Der Globalkredit ist von CHF 4'000'000 auf 3'800'000 zu kürzen.*

*Dieser Antrag wurde von der RPK mit 5:4 **angenommen**.*

Schlussabstimmung:

*Dem Geschäftsfeld wurde mit 5:4 Stimmen **zugestimmt**.*

Riedikon, 30. November 2009

J. Rossier

Thomas Kübler führt namentlich aus, dass hier zum einen das zusätzliche öV-Angebot zu Buche schlägt. Zum anderen musste im Vergleich zum Jahr 2008 kein Stadtpark zusätzlich gepflegt werden, zu berücksichtigen ist auch das FUAG Areal, was ab 2009 zusätzlich unterhalten werden muss. Eine Kürzung um Fr. 200'000, obwohl wie seitens der SVP gesagt wird, keine neuen Leistungen da sind, bedeutet, dass der Hauptposten am öV gespart werden muss, die Pflege der Parke muss reduziert werden, die Pflege des stadteigenen Waldes muss vernachlässigt werden. Der Gemeinderat wird sich sicher nicht einschränken wollen bei der Verkehrsplanung und der Voantreibung der Entwicklungsgebiete, um die Stadt zu positionieren (eine knappe halbe Million Franken). Er beantragt dem Gemeinderat, die Kürzung nicht vorzunehmen. Zumal im Bezug auf den öV und dem ZVV im Jahr 2010 noch nichts gemacht werden kann; allfällige Massnahmen werden erst 2011 wirksam.

Marius Weder

Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Stadträtinnen und Stadträte, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Anwesende

Wie wir gehört haben und dem schriftlichen Antrag auf den Seiten G 1 ff. entnehmen können, wird seitens des Stadtrats für das Geschäftsfeld Stadtraum und Natur für das Jahr 2010 eine Erhöhung des Globalkredits um Fr. 347'000.-- gegenüber dem laufenden Jahr beantragt. Unterzieht man die auf den Seiten G 2 und G 4 aufgeführten Beträge einer genauen Betrachtung, so zeigt sich, dass einzig die höheren Beträge für den öffentlichen Verkehr an den ZVV um gut Fr. 320'000.-- erhöht werden und zudem leicht tiefere interne Verrechnungsabzüge erfolgen, während bei den übrigen Beträgen somit eine vertretbare, moderate Senkung stattfindet. Stadtrat Thomas Kübler hat den Mitgliedern der KPB anlässlich der Sitzung vom 16. November 2009 sachlich und überzeugend dargelegt, dass diese Beiträge durch erhöhte Leistungen des ZVV für die Stadt Uster in Form der Ausdehnung des Fahrplans der S15 und entsprechenden zusätzlichen Buskursen in Zusammenhang stehen, wobei Uster gegenüber anderen Gemeinden vergleichsweise günstig "wegkommt". Diese uns heute bereits zur Verfügung stehenden Leistungen schlagen nun ab nächstem Jahr mit einer entsprechenden moderaten Erhöhung zu Buche. Hier haben wir also die vorhin von der SVP-Fraktion geforderten zusätzlichen Leistungen, die eine Erhöhung rechtfertigen.

Wenn man sich nun fragt, wie man in diesem Geschäftsfeld, wie von der RPK beantragt wird, eine Kürzung von Fr. 148'000.-- vornehmen will, so muss man, wenn man seriös handelt, auch die Frage beantworten, wo man denn kürzen will und kann. Der Stadtrat zeigt uns die Konsequenzen auf und Thomas Kübler hat dies vorhin erneut überzeugend dargelegt: Soll vielleicht in den Bereichen Natur und Landwirtschaft sowie Forstwirtschaft, wo insgesamt ja sowieso eine moderate Kürzung stattfindet, ein so massiver Schnitt gemacht werden, wobei diese Bereiche ja nur den kleineren Anteil des Globalbudgets ausmachen? Sollen wir also, bös gesagt, die Grünanlagen verwildern und die Kinderspielplätze auseinander fallen lassen? Sollen wir den Bauern einen Teil der ihnen zustehenden, gemäss Verordnung festgesetzten Beiträge gemäss Landschaftsentwicklungskonzept verweigern? Soll auf die Sanierung bzw. Ersetzung verlotternder Buswartehäuschen verzichtet werden? Oder sollen wir vielleicht den Stadtrat in Person von Thomas Kübler beauftragen, zum ZVV zu gehen und zu sagen, "wir wollen die zusätzlichen Bahn- und Buskurse, für die wir soeben noch gekämpft haben, nun doch nicht mehr, bitte streicht sie wieder"? Es müssten also wieder mehr Leute, die spät nach Hause kommen, das Auto nehmen, um arbeiten zu gehen und manche junge Frau zum Beispiel wäre wieder gezwungen, abends spät kilometerweit zu Fuss durch dunkle Strassen nach Hause zu gehen, weil sie keinen Bus mehr hätte. Dies, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, wäre letztlich das Resultat, das wir als Gemeinderat zu verantworten hätten, wenn wir den Antrag auf Kürzung um Fr. 148'000.-- gutheissen würden. Wer etwas anderes behauptet, will sich letztlich aus der Verantwortung stellen. Wenn wir einen solchen Entscheid fällen, können wir den mit Stolz den Schildbürgern ins Gästebuch schreiben. Und die geschätzten Kolleginnen und Kollegen vom Freisinn sollten sich wirklich fragen, wie weit sie heute Hand bieten wollen zur totalen Demontage der guten Arbeit ihres eigenen Stadtrats in diesem Geschäftsfeld, und ob so etwas wirklich derart klug sei. Ich appelliere daher namens der SP-Fraktion an Sie alle, liebe Kolleginnen und Kollegen, im Geschäftsfeld Stadtraum und Natur einen sachlichen, logischen und vernünftigen Entscheid zu fällen und nicht eine Kürzung nur um der Kürzung willen vorzunehmen. Der RPK-Antrag auf Kürzung des Globalkredits um Fr. 148'000.-- ist daher entsprechend dem Antrag der KPB abzuweisen, der Antrag des Stadtrats zum Geschäftsfeld Stadtraum und Natur gutzuheissen.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit

7. Dezember 2009

Marius Weder

Benno scherrer ergreift das Wort und weist darauf hin, dass die GLP differenzieren kann, Einsparungen sucht aber jede einzelne Kürzung eingehend betrachtet und nur da kürzt wo der Stadtrat tatsächlich Spielraum hat. Den vorliegenden Kürzungsantrag lehnt die GLP ab, da mehr Leistung vorhanden ist.

Rudolf Locher

*Sehr geehrte Frau Gemeinderatspräsidentin
Geschätzte Anwesende*

Dieser Globalkredit erhöht sich um Fr. 385'000.-, das sind 7,6%.

*Es ist bei diesem Geschäftsfeld wie anderswo,
die uns nicht immer transparenten Sammelkosten erhöhen sich absolut überproportional.*

*In der Leistungsgruppe Natur- und Landwirtschaft um 23%,
In der Leistungsgruppe Forstwirtschaft um 236%.*

In dieser Leistungsgruppe wird an den Lotharsturm von 10 Jahren erinnert, wir hoffen nicht, dass dieses Fest den Mehrkredit von Fr. 234'000.- beansprucht

Der erhöhte Beitrag an die ZVV lässt die Aufwendungen der Stadtkasse um Fr. 322'000.- ansteigen, alleine diese Erhöhung stellt ein Plus von 15% des Gesamtkredites dieser Leistungsgruppe dar.

*Die Kritik der ungenügenden Förderung des öffentlichen Verkehrs
ist also nicht berechtigt:*

*Fast **jedermann wird per Bus** von seinem Wohnort ins Zentrum, an den Bahnhof oder sonstirgendwohin zeitgerecht transportiert.*

*Ebenso ist es nicht wirklich nachgewiesen, der **Mehraufwand sei durch die Pflege der Grünstreifen** an den Strassen- und Wegrändern verursacht.*

Wir stimmen dem Kürzungsantrag um Fr. 200'000.- auf neu 3,8 Mio zu.

Simone Michel

Ablehnung des Kürzungsantrages im Globalkredit. Nein, weil kein Leistungsabbau erwünscht und völlig falsches Signal gegenüber der Verwaltung, welche gespart hat. Ein Lob anstatt Kürzungen wäre angebracht! Kürzungsantrag hier zu machen, der schuss geht nach hinten los. Ich als Angestellte in der Verwaltung, weiss nicht ob ich da gut arbeiten könnte.

Werner Egli erinnert an die Definition von Wirkungs- und Leistungszielen. Wenn man das Vorjahr zum Vergleich heranzieht, sind es genau diesselben Wirkungs- und Leistungsziele. Weshalb sollten die um 50 % mehr kosten? Es sind keien neuen Leistungen und keine neuen Wirkungen zu verzeichnen. Der Einleitungsteil zum jeweiligen Geschäftsfeld ist nur als Hinweis für den Gemeinderat gedacht und nicht bindend für ihn.

Thoams Kübler erinnert daran, dass der Gemeinderat unlängst ein weiterreichendes öV-Angebot bzw. das eingesetzte Buskonzept wollte. Die Rechnung dafür wird vom ZVV gestellt, da hat die Stadt keinen Einfluss drauf. Es wird die Anzahl Abfahrten und die Anzahl Personentransporte berechnet. Die Stadt kann nicht den Preis diktieren. Deshalb sind diese Kosten nicht steuerbar. Erst ab 2011 kann Leistung abgebaut werden und erst dann wird auch weniger bezahlt werden.

Keine weiteren Wortmeldungen mehr erwünscht.

Abstimmung Kürzungsantrag:

Der Gemeinderat beschliesst mit

17 : 16 Stimmen

dem Kürzungsantrag des Globalkredits auf Fr. 3'800'000 zuzustimmen.

4.8 GF Hochbau und Vermessung

Für die Kommission Planung und Bau referiert **Peter Grob**.

*Sehr geehrte Frau Präsidentin,
geschätzte Anwesende*

Am 26. Oktober 2009 konnte die Subkommission das Globalbudget 2010 des Geschäftsfeldes Hochbau und Vermessung mit dem Stadtrat Thomas Kübler sowie den Herren Ruedi Fässler und Stefan Reimann eingehend besprechen.

Was vor allem zu reden gab, war die Zunahme der Kosten dieses Geschäftsfeldes. Betrachtet man die Entwicklung des Budgets, so fällt auf, dass dieses um ca. 50% gegenüber 2007 höher ist und gegenüber dem letzten Jahr eine Steigerung von über 11% aufweist.

Die längerfristige Zunahme, also diese Steigerung von 50% seit 2007 ist auf verminderte Einnahmen bei den Baubewilligungsverfahren zurückzuführen.

Die Zunahme um 11,5% gegenüber dem letzten Budget ist folgendermassen begründet worden. Uster wurde vom Bezirksrat gerügt, die periodischen Brandschutzkontrollen an Gebäuden, nicht hinreichend durchgeführt zu haben. Als Übergangslösung werden diese Kontrollarbeiten durch Externe ausgeführt. Zukünftig, wird eine interne, im Etat bereits vorgesehene Stelle, für Brandschutzkontrollen und Baucontrolling zuständig sein. Da mit den erwähnten Kontrollen keine Einnahmen generiert werden können, entstehen neue Lohnkosten, welche uns aufgezwungen werden.

Auf Seite H4 fällt die grosse Differenz der Hochrechnung 09 zum Soll 2010 bei dem Vermessungsdienstleistungen von -495'000CHF auf. Diese Differenz ist aber rein verrechnungstechnisch begründet und kompensiert sich zum grössten Teil mit der Zunahme von +622'000 bei den Sammelkosten der Leistungsgruppe. Der Pauschalkürzungsantrag über 152'000Fr auf 1,32Mio wurde von der Kommission mit 4:5 Stimmen abgelehnt. Das Budget für dieses GF wurde jedoch mit 4:3 Stimmen angenommen.

*Ich danke für die Aufmerksamkeit
P. Grob*

Für die Rechnungsprüfungskommission referiert **Jean-François Rossier**.

Die Ausführungen der RPK beschränken sich auch in diesem Geschäftsfeld auf die Bekanntgabe des Resultates des Kürzungsantrages, welcher anlässlich der RPK-Sitzung vom 23. November 2009, gestellt wurde.

*Der gestellte **Antrag** lautet:*

- Der Globalkredit ist von CHF 1'472'000 auf 1'320'000 zu kürzen.
Dieser Kürzungsantrag entspricht der aktuellen Hochrechnung für das Jahr 2009.*

*Dem Kürzungsantrag wurde mit 5:4 Stimmen **zugestimmt**.*

Schlussabstimmung:

*Dem Geschäftsfeld wurde mit 5:4 Stimmen **zugestimmt**.*

Riedikon, 30. November 2009, J. Rossier

Thomas Kübler erklärt das Prinzip der Gebühreneinnahmen, die nach der jeweilig vorliegenden Bausumme berechnet werden. Im Vorjahr wurden einige grosse Bauprojekte lanciert. Weniger Bauprojekte bzw. tiefere Bausummen bedeuten automatisch weniger Gebühreneinnahmen. Dies bedeutet aber nicht gleichzeitig weniger Arbeitsaufwand seitens der Abteilung. Die guten Einnahmequellen sind m.a.W. versiegt. Soviel zur Entwicklung in der Baubranche. Auf der anderen Seite muss ab kommenden Jahr eine periodische Brandschutzkontrolle durchgeführt werden, die die Stadt zugegebenermassen vernachlässigt hat. Dieser Umstand wurde vom Bezirksrat gerügt. Weiter hat die kantonale Baudirektion alle Gemeinden angewiesen, Baustellen-Umweltschutz-Kontrollen durchzuführen. Die Gemeinden müssen selber dafür aufkommen. Die Arbeit muss durch eine Fachperson mit Plankenntnissen durchgeführt werden. Dafür muss eine neue Stelle geschaffen werden. Die Abteilung hat sich diese extern offerieren lassen. Im Auftragsverhältnis würde das Fr. 145'000 p.a. kosten. Den Globalkredit in diesem Geschäftsfeld kürzen bedeutet weniger Manpower bei Arbeiten, die trotzdem erledigt werden müssen. Somit wird voraussichtlich die gute Erledigungsquote bei der Behandlung von Baugesuchen darunter leiden. Der Stadtrat beantragt daher, die Kürzung nicht vorzunehmen.

Benno Scherrer meint, es gibt eine Unzahl von Vorgaben, eine Unzahl an Interessen, eine Unzahl von Gesetzesbestimmungen. Uster muss Baustellenkontrollen durchführen, Uster hat zu erfüllen, Uster hat zu erledigen. In Franken ausgedrückt ist das nicht dramatisch aber die Stadt hat hier keinen Spielraum. Wir von der GLP wollen nicht, dass die Baugesuche nicht mehr fristgerecht erledigt werden können und darum lehnen wir den Kürzungsantrag ab.

Rudolf Locher

*Sehr geehrte Frau Gemeinderatspräsidentin
Geschätzte Anwesende*

*Dieser Globalkredit erhöht sich um **Fr. 152'000.-, das sind 12%.***

*Es ist bei diesem Geschäftsfeld wie anderswo,
Es sind die gesammelten Sammelkosten, was immer sich auch unter diesem Begriff befindet, welche sich überproportional erhöhen.*

*- In der **Leistungsgruppe Vermessung** ist die Erhöhung sage und schreibe 287%.
Die Nettokostenerhöhung totalisiert sich schliesslich auf 20%.*

*- Die **Leistungsgruppe Baubewilligungen** schlägt mit einer Erhöhung von 79'000.- zu buche, in Prozenten ausgedrückt: = 14% und das bei einer sinkenden Anzahl von Baugesuchen von fast 10%. Das wären totalisiert **24% Differenz** zum Vorjahr.*

*Eine **Kürzung vom Globalkredit** auf den Betrag vom Vorjahr 2009, nämlich auf Fr. **1'320'000.-** scheint uns begründet und gerechtfertigt.
Wir wollen jedoch darauf hinweisen, dass wir die Streichung von der zwar teuren, jedoch gesetzlichen vorgeschriebenen Brandschutzkontrolle nicht wünschen.
Wir wollen einzig das Ausgabenwachstum stoppen.
Der detaillierte Sparprozess kann und soll von der Verwaltung selber bestimmt und umgesetzt werden.*

*Deshalb stimmen wir dem
Kürzungsantrag auf den Stand 2009, nämlich von Fr. 1'320'000 zu.*

Werner Egli führt aus, dass der Globalkredit auf Niveau Geschäftsfeld genehmigt wird, es geht deshalb nicht an, jetzt auf Basis Leistungsgruppe zu verhandeln. Der jeweilige Abteilungsleiter kann schliesslich bestimmen, wo er die Einsparungen vornehmen will.

Peter Grob

*Sehr geehrte Frau Präsidentin,
geschätzte Anwesende*

Nicht die Verwaltung benötigt die 152'000Fr, welche ohne Begründung dem Globalkredit 2010 des Geschäftsfeldes Hochbau und Vermessung entzogen werden sollen, sondern die Bürgerinnen und Bürger von Uster.

Die Verwaltung wurde von den zuständigen Aufsichtsstellen wegen mangelnder Durchführung der Brandschutzkontrollen und Baucontrolling gerügt. Deshalb müssen diese aufgezwungenen Kontrolltätigkeiten künftig prioritär durchgeführt werden.

Falls Sie dem vorliegenden Kürzungsantrag zustimmen, fehlt das Geld um die dafür notwendige Stelle zu besetzen.

Das Geschäftsfeld Hochbau und Vermessung wäre, dann gezwungen, die Baubewilligungsverfahren sekundär zu behandeln.

Die fristgerechte Abwicklung der Baubewilligungsverfahren, welches wir als Leistungsziel auch vorschreiben, konnten in letzter Zeit stets verbessert werden. Diese Errungenschaft bedeutet für Uster einen nicht zu unterschätzenden Standortvorteil.

Wer dem Antrag zustimmt, stimmt auch den Folgen zu wie:

- Behinderung der Bauwirtschaft*
 - Behinderung von energietechnischen Gebäudesanierungen*
 - Behinderung der Wirtschaft*
 - Behinderung des Gewerbes*
- and last but not least*
- Verluste von Steuereinnahmen*

Aus diesen Überlegungen, bitten wir Sie eindringlichst den Kürzungsantrag abzulehnen.

Ich danke für die Aufmerksamkeit

P. Grob

Thomas Kübler repliziert an die Adresse von Werner Egli. Eine Arbeitsstelle muss dort angesiedelt werden, wo die Leistung erbracht werden muss.

Werner Egli fragt nach dem SOLL 09, LG Baubewilligungen, 8,6 Stellenprozent gestellt und im Budget sind auch jetzt noch 8,6 Stellenprozente. Wo findet sich denn die Aufstockung.

Thoams Kübler erklärt namentlich, dass die Bauberatung in der LG Denkmalpflege angesiedelt ist und immer noch 50 % dort vorgesehen sind.

Stefan Feldmann meint, dass es langsam aber sicher Magensausen gibt, bei dem Gerede um Sparen, aber wo sparen usw. Der Stadtrat zeigt konsequent auf, wo er bei Krediteinbussen zu sparen gedenkt und schürt keine Angst. Wie zu hören war, hat der Bezirksrat schon interveniert, weil Leistungen nicht erbracht werden und er wird wahrscheinlich wieder intervenieren müssen. Das Gewerbe wird keine Freude haben, wenn die Bearbeitung von Baubewilligungen länger dauern wird als vorgesehen.

Er beantragt die Abstimmung über den Kürzungsantrag unter Namensaufruf.

Die Vorsitzende informiert, dass ein Drittel des anwesenden Rates, also 12 Mitglieder, diesen Antrag unterstützen muss.

Abstimmung Antrag Namensaufruf:

Der Gemeinderat beschliesst mit

14 Stimmen

dem Antrag zuzustimmen.

Es erfolgt der Namensaufruf durch die Parlamentssekretärin.

Name	Vorname	Vorlage annehmen	Vorlage ablehnen
Amherd	Julia		x
Bättig	Petra	x	
Bickel	Matthias	x	
Bischof	Pascal	x	
Burger	Maja		x
Deininger	Tobias	x	
Denzler	Rolf	x	
Egli	Werner	✳	
Famos	Cla Reto	x	
Feldmann	Stefan		x
Gasser	Martin	x	
Graf-Ganz	Rolf		x
Grob-Overdulve	Lennie		x
Grob	Peter		x
Gysi	Ruedi	x	
Hunziker	Daniel		x
Kern	Stefan	x	
Kessler	Werner		x
Kunz	Andres	x	
Locher	Rudolf	x	
Meier	Walter		x
Michel	Simone		x
Roos	Beat	x	
Rossier	Jean-François	x	
Schelldorfer	Hilda	x	
Scherrer Moser	Benno		x
Seiler	Gabriela	x	
Siegrist	Marianne	x	
Simmen	Jean Claude	x	
Strucken	Walter		x
Thalmann	Balthasar		x
Trüeb Murbach	Regula		x
Weder	Marius		x
Wüthrich	Peter		x
Wüthrich	Thomas	abwesend	
Wyssen	Claudia	Präsidentin	

Keine weiteren Wortmeldungen mehr erwünscht.

Abstimmung Kürzungsantrag:

Der Gemeinderat beschliesst mit

18 : 16 Stimmen

dem Kürzungsantrag des Globalkredits auf Fr. 1'320'000 zuzustimmen.

Thomas Kübler stellt im Namen des Stadtrates den folgenden

*Antrag: Es sei der Indikator I 02, Innerhalb der Verfahrensfrist erledigte Gesuche, anzupassen
sprich herunterzusetzen.*

Abstimmung

Der Gemeinderat beschliesst mit

29 : 5 Stimmen

den Antrag abzulehnen.

4.9 GF Koordination Bildung

Für die Kommission Bildung und Kultur referiert **Marianne Siegrist**.

GF Koordination Bildung I 1 – 3

Sehr geehrte Frau Präsidentin, geschätzte Anwesende

Das Vorgespräch mit der Primarschule hat am 2. Nov.2009 stattgefunden. Regula Trüeb, Stefan Kern, Walter Meier und ich führten das Gespräch mit Frau Sabine Wettstein, Herr Göppel (Leiter Schulsekretariat), Herr Stüssi, vom Schulsekretariat und Frau Unholz von der Primarschulpflege. Unsere Fragen wurden kompetent und ausführlich beantwortet. Vielen Dank im Namen der KBK allen beteiligten Personen.

Meine Ausführungen beinhalten das ganze Geschäftsfeld, ich mache keine Unterteilung der einzelnen Leistungsgruppen.

- *Die Kosten der Primarschulverwaltung wurden neu in das GF Koordination Bildung transferiert, weshalb der Globalkredit um rund 1 Mio. ansteigt.*
- *Die Kostensteigerung der Musikschule von 80'000 Franken verhält sich überproportional zu den Schülerzahlen. Die Begründung dafür lautete: Erhöhung Schulleiterpensum, Lehrpersonen sind altersbedingt in hohen Lohnklassen angesiedelt. Das Qualitätsmanagement wurde ausgebaut.*
- *Die Kosten für das Lernfestival 2010 wurden reduziert. Der Einsatz soll sich im Umfang von 50 bis maximal 100 Stunden bewegen.*
- *Eine Leistungsvereinbarung für die Verwaltung wird erarbeitet.*
- *Der Rahmenkontrakt zwischen politischer Behörde und MSUG wird überarbeitet.*

Folgender Antrag wurde gestellt und mit 5:4 Stimmen angenommen:

Kürzung des Globalkredits von Fr. 40'000 bei der MSUG auf CHF 1'747'000.

Als Begründung wurde vor allem der grosse Kostenanstieg von Fr. 80'000 bei der Musikschule gegenüber dem laufenden Jahr angegeben.

In der Schlussabstimmung wurde der Globalkredit des GF Koordination Bildung mit oben genannter Kürzung mit 5:4 Stimmen angenommen.

2.12.2009

Marianne Siegrist Kommission Bildung und Kultur

Für die Rechnungsprüfungskommission referiert **Walter Meier**.

Die RPK hat den Kürzungsantrag aus der KBK kurz diskutiert.

Die RPK schlägt mit einem Stimmenverhältnis von 5 : 4 dem Gemeinderat vor, den Beitrag an die MSUG um Fr. 40'000 zu kürzen.

Sabine Wettstein ergreift das Wort. Die PSU hat die Musikschule bereits kontaktiert aufgrund des vorliegenden Problems. 95 % der Kosten betreffen jedoch Personalkosten. Diese Kosten können erst auf das nächste Schuljahr angepasst werden, indem die Lehrerpensen angepasst werden und auch das Unterrichtsangebot herunter gefahren wird. Damit wären Kosteneinsparungen erst auf das kommende Jahr wirksam.

Die Beitragskosten setzen sich aus 50 % Elternbeiträge und 50 % der Stadt zusammen. Bei einer Kreditkürzung müssten 50 bis 100 Schülerinnen und Schüler abgewiesen werden.

Marianne Siegrist

Sehr geehrte Frau Präsidentin, geschätzte Anwesende

Der Kürzungsantrag der Kommission Bildung und Kultur im Geschäftsfeld Koordination Bildung lautet auf Einsparung von Fr. 40'000.

Es wurde gewünscht, dass dieser Betrag bei der MSUG eingespart wird.

Die FDP/CVP Fraktion unterstützt diesen Kürzungsantrag aus den folgenden zwei Gründen:

- 1. Möglichst alle Geschäftsfelder sollen zum Stopp der Aufwandsteigerungen beitragen.*
- 2. Die prognostizierte Kostensteigerung von Fr. 80'000 bei der Musikschule verhält sich überproportional zum Anstieg der Schülerzahlen.*

Die Musikschule Uster –Greifensee hat einen guten Ruf und wird geschätzt – das sieht man an den ständig wachsenden Schülerzahlen. Das begrüßen wir sehr und möchten diese Leistung nicht schmälern. Doch auch wenn die Musikschule wie gewünscht, Gruppenunterricht erteilt, sind die Kosten im letzten Jahr doch im Vergleich zu den Schülerzahlen überproportional gestiegen. Diesen Trend finden wir nicht richtig. Wir möchten nicht, dass Leistungen gekürzt werden. Wir möchten aber einen deutlichen Sparwillen sehen. Schliesslich liegt der Beitrag an die Musikschule auch mit der Kürzung von 40'000 Franken noch 40'000 Franken über dem Betrag von Budget und Hochrechnung 2009.

2. Dez. 2009

Marianne Siegrist FDP/CVP Fraktion

Benno Scherrer ergreift das Wort und führt aus, dass er Sprachlehrer ist und kein Musiklehrer. Aber er stellt sich trotzdem die Frage, weshalb nicht vermehrt Gruppenunterricht gemacht werden kann, denn Gruppenkurse machen grundsätzlich Sinn im pädagogischen Bereich. Die GLP stimmt deshalb diesem Kürzungsantrag zu.

Simone Michel

Erst gerade wurde die Musikschule als Verein, welcher viel für die Jugendarbeit tut, in diesem Rat gelobt. Nun steht im gleichen Rat ein Streichungsantrag für Zuschüsse im Raum. Unehrllichkeit und Doppelzüngigkeit?

Die Grünen lehnen diesen Kürzungsantrag ab.

Regula Trüb

„Wir wollen, dass alle Kinder und Jugendlichen die Möglichkeit haben können, spezifisch in Musikschulen gefördert zu werden und dass besondere Talente gezielt unterstützt werden. Die musikalische Entwicklung junger Menschen muss uns allen ein grosses Anliegen sein. Das Musizieren, das Erlernen eines Instrumentes fördert die Intelligenz und erweitert den ganzen Erlebnisbereich. Damit werden nicht nur besondere Fähigkeiten geweckt und entwickelt, das Musizieren berührt den

ganzen Menschen: sein Denken, sein Handeln und Fühlen.“

Dies sind die Worte von Christine Egerszegi, Ständerätin der FDP und Präsidentin des Initiativkomitees, anlässlich der Einreichung der Volksinitiative „Jugend und Musik“ am 18. Dezember 2008.

Der Kürzungsantrag von Fr. 40'000.- bei der Musikschule Uster Greifensee widerspricht der Forderung der FDP-Ständerätin Egerszegi und allen Fachleuten diametral.

Man mag auf den ersten Blick denken, dass eine Kürzung von 40'000 Fr. ja nicht viel sei und irgendwo in der Verwaltung oder so eingespart werden könne.

Das ist aber in diesem Fall nicht möglich. In der Musikschule Uster Greifensee sind 95 % der Kosten Personalkosten und 90% hängen direkt mit dem Musikunterricht zusammen. Eine Kürzung von Fr. 40'000.-, sprich über 5% des Budgets, trifft die MSUG ausserdem doppelt, da ihr im gleichen Ausmass wie die städtischen Beiträge auch die Elternbeiträge von 50% entgehen. Das heisst der Musikschule würden dadurch Leistungen von insgesamt Fr. 80'000.- wegfallen. Da die Verträge mit den Lehrpersonen und den MusikschülerInnen nicht auf Januar 2010 gekündigt werden können, könnte der Leistungsabbau erst auf das neue Schuljahr 2010 vorgenommen werden. Die Kosteneinsparungen in den verbleibenden 4,5 Monaten des Budgetjahres 2010 hätten laut Aussagen der MSUG massive Konsequenzen:

1. Um die 600 Unterrichtsstunden würden wegfallen. 2. Etwa 100 Kinder könnten im August 2010 keinen Musikunterricht besuchen. 3. Teilzeitlehrpersonen müssten entlassen werden. Diese unbegründete pauschale Kürzung von Fr. 40'000.- hätte also im Falle der Musikschule einen grossen Leistungsabbau und weitreichende Konsequenzen zur Folge.

Zudem würde diese Kürzung mit dem Rahmenkontrakt zwischen der Primarschule und der Musikschule kollidieren, den der Gemeinderat im März 2006 genehmigt hat. Dort ist festgehalten, dass „SÄMTLICHEN interessierten und berechtigten Kindern und Jugendlichen“ der Zugang zum Musikunterricht zu ermöglichen ist. Dieser Rahmenkontrakt basiert auf einer Volksabstimmung zur Musikschule Uster aus dem Jahr 1977. Dort hat die Mehrheit der Ustermer Stimmberechtigten der Finanzierung des Gemeindeanteils der politischen Gemeinde und der Oberstufe Uster zugestimmt.

Unklar wäre weiter, was mit den Beiträgen der Sekundarstufe Uster und der politischen Gemeinde Greifensee passiert. Diese Gemeinden zahlen nach einem festgelegten Verteilschlüssel ebenfalls Beiträge an die Musikschule. Müssten dort auch Kürzungen vorgenommen werden, was die Musikschule zu einem weiteren Leistungsabbau zwingen würde?

Sie merken, meine Damen und Herren, ich spreche im Konjunktiv. Ich kann nämlich nicht glauben, dass die bürgerliche Seite diesen Leistungsabbau beim Musikunterricht unserer Ustermer Kinder wirklich will und an der Kürzung von über 5% des Budgets bei der MSUG festhält. Es würde doch sehr erstaunen, wenn die FDP Uster die nationalen Forderungen ihrer eigenen Partei torpediert.

Aus diesen Gründen bitte ich Sie im Namen der SP-Fraktion, dem Budgetantrag des Stadtrates zu folgen und den Kürzungsantrag abzulehnen.

Nänikon, 30.11.2009

Regula Trüeb

Marianne Siegrist erinnert daran, dass die Musikschule ein Teil ausmacht, und zwar die Fr. 40'000. Aber der Globalkredit ist immer noch um einen Anteil von Fr. 40'000 höher. Auch sie ist der Ansicht, der Anteil Gruppenunterricht könnte erhöht werden. Es geht nicht an, pauschal zu sagen, die Kinder müssten abgewiesen werden.

Regula Trüeb erläutert aus dem Rahmenkontrakt mit der Musikschule, dass dort bereits mind. 15 % Gruppenunterricht vorgesehen ist und darüber hinaus die Musikschule gegenwärtig schon auf 22 % Gruppenunterricht ist. Ausserdem benötigen die Kinder eine gewisse Fingerfertigkeit mit dem Instrument, bevor es Sinn macht, einen Gruppeunterricht zu besuchen.

Stefan Feldmann stellt die Frage, ob sich nun der Gemeinderat gegen den von ihm eigens bewilligten Kontrakt stellt.

Er beantragt die Abstimmung über den Kürzungsantrag unter Namensaufruf. Dies zur Transparenz für die Öffentlichkeit.

Die Vorsitzende informiert wiederum, dass ein Drittel des anwesenden Rates, also 12 Mitglieder, diesen Antrag unterstützen muss.

Cla Famos meint, es geht doch nicht um eine Leistungsreduktion. Selbst wenn alleine bei der Musikschule gespart würde, hätte sie immer noch mehr Geld zur Verfügung als letztes Jahr. Er erinnert an die Sache mit dem Preis für eine bestimmte Sache. Es macht keinen Sinn, jetzt jede Abstimmung unter Namensaufruf durchzuführen.

Stefan Feldmann repliziert auf die Aussage von Cla Famos. Es ist einfach so, dass der Rat die gleiche Leistung für weniger Geld will und das funktioniert einfach nicht. Die Leitung der Musikschule hat aufgezeigt wie es aussieht: es werden Lektionen gestrichen und es können weniger Kinder die Musikschule besuchen.

Daniel Hunziker unterstützt das Votum von Cla Famos und führt aus, dass kein Leistungsabbau geschieht und immer noch Fr. 40'000 zusätzlich bezahlt werden. Es ist eine Willenssache, mehr Gruppenunterricht anstatt Kinder abzuweisen ist die Lösung.

Maja Burger führt aus, dass in der Stadt Zürich der Gruppenunterricht wieder abgeschafft wird, weil er in diesem Bereich nicht umsetzbar ist. Die Kinder sollten nämlich ungefähr gleich alt sein, das gleiche Niveau haben und das gleiche Instrument spielen. Weiter stellen die Teilzeitstellen der Lehrer hohe organisatorische Ansprüche.

Abstimmung Antrag Namensaufruf:

Der Gemeinderat beschliesst mit

13 Stimmen

dem Antrag zuzustimmen.

Es erfolgt der Namensaufruf durch die Parlamentssekretärin.

Name	Vorname	Vorlage annehmen	Vorlage ablehnen
Amherd	Julia		x
Bättig	Petra	x	
Bickel	Matthias	x	
Bischof	Pascal	x	
Burger	Maja		x
Deininger	Tobias	x	
Denzler	Rolf	x	
Egli	Werner	✳	
Famos	Cla Reto	x	

Feldmann	Stefan		x
Gasser	Martin	x	
Graf-Ganz	Rolf		x
Grob-Overdulve	Lennie		x
Grob	Peter		x
Gysi	Ruedi	x	
Hunziker	Daniel	x	
Kern	Stefan	x	
Kessler	Werner		x
Kunz	Andres	x	
Locher	Rudolf	x	
Meier	Walter		x
Michel	Simone		x
Roos	Beat	x	
Rossier	Jean-François	x	
Schelldorfer	Hilda	x	
Scherrer Moser	Benno	x	
Seiler	Gabriela	x	
Siegrist	Marianne	x	
Simmen	Jean Claude	x	
Strucken	Walter		x
Thalmann	Balthasar		x
Trüeb Murbach	Regula		x
Weder	Marius		x
Wüthrich	Peter		x
Wüthrich	Thomas	abwesend	
Wyssen	Claudia	Präsidentin	

Keine weiteren Wortmeldungen mehr erwünscht.

Abstimmung Kürzungsantrag:

Der Gemeinderat beschliesst mit

21 : 13 Stimmen

dem Kürzungsantrag des Globalkredits um Fr. 40'000 auf Fr. 1'747'000 (bei der Musikschule) zuzustimmen.

4.10 GF Sicherheit (inkl. Leistungsmotion Nr. 577)

Für die Kommission Öffentliche Dienste und Sicherheit referiert **Martin Gasser**.

GF Sicherheit J1-J13

Am 23. Oktober 2009 traf sich die Subkommission im Büro 20 mit Stadtrat Hans Streit, Abteilungsleiter Herrn Jörg Ganster, und dem Polizei Kommandanten Daniel Stein.

Wir wurden umfassend informiert wie die nahe und die fernere Zukunft in der Abteilung Sicherheit aussehen soll. So soll noch dieses Jahr verschiedene Varianten des 24-Std. Dienstes der Stadtpolizei dem Stadtrat unterbreitet werden. Je nach Variante müsste aber mit jährlichen Mehrkosten von bis zu Fr. 1.5 Mio. gerechnet werden.

Viel Geld, auch wenn der Rückhalt in der Bevölkerung sehr gross ist.

Kosteneinsparungen brächte dafür eine Zusammenlegung der Polizei und der Feuerwehr (Analog Schutz und Rettung in Zürich) aber nur in einem Neubau und nur in guter Lage.

Der Kommandant der Stadtpolizei informierte gleich selbst, warum im GF der Stadtpolizei so viel geändert wurde und wie er sich so eine effiziente Stadtpolizei vorstellt.

Übergeordnete Wirkungs- und Leistungsziele: J1

Die Wirkungs- und Leistungsziele wurden nur verbal angepasst und im Sinn nicht verändert.

Personal: J2

Bei der Stadtpolizei im Plan 13 gibt es ein + statt =

Investitionsplanung: J3

Standortverlegung Feuerwehr die 9 Mio. wurden mit einer Grobkostenschätzung ermittelt.

In den verschiedenen Leistungsgruppen wurde nichts bemängelt, da man uns versichert hat, dass das Budget diverse male zwischen Stadtrat und Abteilung hin und her geprüft wurde, und das Globalbudget Fr. 134'000.- unter dem Vorjahresbudget liegt.

Das GF wurde in der Sachkommission mit einem Globalkredit von Fr. 3'490'000.- mit 7:0 Stimmen gutgeheissen.

In der RPK wollte man wissen, wie dringend die Bootsbeschaffung für den Seerettungsdienst sei und ob man die Notwendigkeit dessen hinterfragt habe. Der Sprecher der Subkommission musste dies verneinen, und muss die Frage nun an den Stadtrat Hans Streit weiter geben.

(nur wenn nicht schon erwähnt)

In der Antwort wird auf die Dringlichkeit der Beschaffung hingewiesen, aber auch das Uster nur 1/7 der Kosten also ca. Fr. 17'000.- bezahlen muss.

Ebenfalls darauf, dass kein billigeres Boot angeboten wird mit dem auch wirklich gut gearbeitet werden kann.

Weiter wollte man noch wissen wie der Stand der zwei Jugendpolizisten sei?

Antwort: Bis heute sind zwei Polizisten eingestellt worden und einer davon besuche nun die Ausbildung zum Jugendpolizisten.

Der Fragesteller war mit dieser Antwort nicht zu frieden, da zwei Jugendpolizisten versprochen worden seien.

Darum muss auch diese Frage an Stadtrat Hans Streit weitergegeben werden.

Hans Streit nimmt Stellung zum Boot des Seerettungsdienstes. Alle sieben Gemeinden rund um den Greifensee zahlen an das Boot. Die Beiträge der anderen Gemeinden fallen aber erst 2011 an, sodass Uster die Anschaffungskosten erst einmal alleine trägt, deshalb ist die Beschaffung erst im zweiten Halbjahr möglich. Es handelt sich um einen Weidling, einem offenen zweckmässigen Boot ohne Luxus. Zu den Jugendpolizisten: man hatte in der Abteilung Mühe, die Stellen zu besetzen. Ein bisheriger Angestellter konnte dafür gewonnen werden und er macht jetzt die entsprechende Ausbildung. Ein zweiter konnte unlängst angestellt werden. Die Arbeit als Jugendpolizisten kann damit im 2010 aufgenommen werden.

Stefan Feldmann

Frau Präsidentin

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen

Bevor ich inhaltlich zum Geschäftsfeld Sicherheit spreche, lassen Sie mich noch schnell meiner Enttäuschung Ausdruck geben. Meiner Enttäuschung darüber, dass in diesem Geschäftsfeld kein Kürzungsantrag vorliegt. Es kann doch nicht sein, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass in diesem Geschäftsfeld die Zitrone schon ausgepresst ist! Dabei bräuchte es für einen pauschalen Kürzungsantrag nicht einmal besonders viel Phantasie, immerhin haben wir hier in diesem Geschäftsfeld eine Kostensteigerung von 50 Prozent in zwei Jahren. Das sollte doch für eine Begründung reichen, oder? Und um es noch einfacher zu machen, hätten sie es ja beispielsweise einfach dem Geschäftsfeld überlassen können, wo gespart werden soll. Wirklich enttäuschend.

Nun aber zur Sache. Ich spreche zur Stadtpolizei und insbesondere zur Jugendpolizei. Wie Sie sich erinnern, haben wir letztes Jahr in der Leistungsgruppe Polizei zwei neue Stellen bewilligt, zwei Stellen für zwei sogenannte Jugendpolizisten. Polizisten also, welche präventiv im Jugendbereich eingesetzt werden. Heute, ein Jahr später, müssen wir feststellen, dass diese Jugendpolizisten ihren Dienst noch immer nicht aufgenommen haben. Es darf und soll nicht sein, dass diese Ressourcen einfach andersweitig eingesetzt werden. Wir verlangen, dass die Abteilung in diesem Bereich vorwärts macht und dafür besorgt ist, dass diese beiden Jugendpolizisten nicht nur so bald als möglich ihren Dienst aufnehmen, sondern auch, dass sie wirklich schwerpunktmässig in diesem Bereich eingesetzt werden.

Der Jugendbeauftragte und die Jugendkommission haben im Bereich der Prävention einiges auf den Weg gebracht und dieser Weg muss weiter beschritten werden. Die Arbeit der beiden Jugendpolizisten ist dabei zusammen mit derjenigen der mobilen Jugendarbeit ganz zentral. Die SP-Fraktion ist davon überzeugt, dass sich längerfristig Probleme wie Jugendgewalt oder Vandalismus nur so in den Griff zu kriegen sind. Repression mag an neuralgischen Stellen zwar auch nötig sein, aber sie bleibt letztlich Symptom-Bekämpfung.

Die SP-Fraktion ist davon überzeugt, dass sich der beschrittene Weg der verstärkten Präventionsarbeit sicher längerfristig auszahlen wird. Und deshalb ist hier die Abteilung gefordert, die Jugendpolizisten möglichst schnell auf die Piste zu schicken. Eine weitere Verzögerung erträgt es nicht.

Mit bestem Dank.

Keine weiteren Wortmeldungen mehr erwünscht.

Beratung Leistungsmotion Nr. 577 von Benno Scherrer.

Es referiert der Motionär **Benno Scherrer**.

Leistungsmotion Parkraumbewirtschaftung

Der Gemeinderat hat im Frühling meine Leistungsmotion überwiesen. Es scheint die erste Leistungsmotion zu sein, die Auswirkungen zeigt.

Der Stadtrat wurde beauftragt, mit dem Budget 2010 die finanziellen Auswirkungen einer aktiven Bewirtschaftung aller öffentlichen Parkplätze darzulegen.

Das hat er getan – und wir sehen, dass auf einmalige Investitionen von gut 750 000 Franken für die 737 neu zu bewirtschaftenden Parkplätze jährlich mit einem Nettoertrag von ca. 220 000 Franken gerechnet werden kann.

Die Zahlen der bereits jetzt bewirtschafteten 1000 Parkplätze zeigen, dass sie Erträge von knapp über 1 Mio erbringen – bei einem Aufwand von 340 000 Franken.

Eine Parkplatzbewirtschaftung rechnet sich also für die Stadt Uster – und sie ist richtig.

Es geht hier nicht in erster Linie darum, Einnahmen zu generieren, sondern wenigstens teilweise teure Infrastruktur (diese ist nämlich in all diesen Rechnungen noch nicht berücksichtigt) durch die Nutzer finanzieren zu lassen.

Die Bewirtschaftung verfolgt eben das Ziel, über ein verändertes Parkplatzangebot und eine Beeinflussung der Parkplatznachfrage für eine ausgeglichene Parkplatzbilanz zu sorgen. So gibt es eine erleichterte Verfügbarkeit dank erhöhter Fluktuation und eine Verringerung des Suchverkehrs.

und ich forderte statt „Die öffentlichen Parkplätze sind aktiv bewirtschaftet soll es neu heissen: „Alle öffentlichen Parkplätze sind aktiv bewirtschaftet.“

Dieser Aspekt ist nicht erfüllt – die vom SR vorgeschlagene Lösung nimmt aber Rücksicht auf die Machbarkeit – und damit auf Einwände aus dem Parlament.

Der Stadtrat ist bereit, die Leistungsmotion zu $\frac{3}{4}$ umzusetzen – (und ich kann dem zustimmen) oder konkreter: er hat die Parkraumbewirtschaftung neu geregelt – und kommt zum Schluss, dass es richtig ist, die Gebührenpflicht für weitere 737 Parkplätze einzuführen – insbesondere für die grossen Parkplätze bei den Sportanlagen (263), bei der Reithalle (67) und im Spitalquartier, welche bislang unbegreiflicherweise gratis benutzt werden durften.

Ich hoffe, dass vor allem bei den Sporthallen jetzt endlich vorwärts gemacht wird...

Ich kann mich mit der vorgeschlagenen Umsetzung zufrieden erklären. Wir kommen so dem Ziel der Bewirtschaftung der Parkplätze deutlich näher.

Deshalb sind die Leistungsziele und die Investitionen im Budget eingestellt – und es hat keine anderslautenden Anträge gegeben.

Ich fordere den Stadtrat auf, auch mit der Bewirtschaftung der öffentlichen Parkplätze bei den städtischen Betrieben ebenfalls vorwärts zu treiben.

Ich danke dem Gemeinderat für die Unterstützung und die Erheblicherklärung und dem SR für die pragmatische Umsetzung.

Hans Streit führt aus, dass von Bundesrechts wegen nicht alle Parkplätze mit einbezogen werden können. Rund ein Viertel der gesamten Parkplätze musste deshalb aus dem Parkplatzkonzept herausgenommen werden. Der Stadtrat hat die Erheblich-Erklärung der Leistungsmotion dem Gemeinderat nahe gelegt, weil er das eh vorhatte.

Marianne Siegrist

Grundsätzlich ist die FDP/CVP Fraktion mit dem Antrag des Stadtrates betreffend Leistungsmotion Nr.577 von Benno Scherrer zur Parkraumbewirtschaftung einverstanden.

Wir haben aber ein wichtiges Anliegen:

Im Gebiet Spital sollen die Bedürfnisse der Angestellten des Spitals und des Wagerenhofs berücksichtigt werden. Das Spital ist die grösste Arbeitgeberin der Stadt Uster. Die Mitarbeitenden beider dort ansässigen Institutionen müssen Schichtdienst leisten. Das heisst Frühschicht, Spätschicht, Nachtdienst, Wochenenddienst. Dadurch sind viele Leute gezwungen, mit dem Auto zur Arbeit zu fahren, weil die öffentlichen Verkehrsmittel zu ihren Arbeitszeiten kein oder ein wenig attraktives Angebot bereithalten.

*Es ist uns ein grosses Anliegen, dass die Angestellten des Spitals und des Wagerenhofs nicht unter der vorgesehenen Parkraumbewirtschaftung zu leiden haben. Deshalb schlagen wir vor, dass die **Angestellten von Spital und Wagerenhof eine Sonderregelung erhalten, z.B. in Form einer Monats- bzw. Jahreskarte zu einem fairen Preis.***

Wir hoffen sehr, dass dieses Anliegen bei der detaillierten Ausarbeitung der Parkraumbewirtschaftung einfließen wird.

Marianne Siegrist, FDP/CVP Fraktion

Andres Kunz kann mit der Ausweitung der Parkplatzbewirtschaftung grundsätzlich leben. Er weist aber darauf hin, dass bei der Reithalle Buchholz viele Lastwagen-Chauffeure ihre Anhänger deponieren. Wenn eine Gebühr im Buchholz eingeführt wird, werden sie ihre Anhänger voraussichtlich der Strasse entlang abstellen, was nicht im Interesse der Stadt sein kann. Er appelliert deshalb an die Abteilung, einige Plätze bei der Reithalle offen zu lassen für die Lastwagen-Chauffeure.

Keine weiteren Wortmeldungen erwünscht.

Abstimmung über die Erheblicherklärung der Leistungsmotion Nr. 577:

Der Gemeinderat beschliesst mit

22 : 12 Stimmen

Die Leistungsmotion wird als erheblich erklärt.

4.11 GF Publikumsdienste

Für die Kommission Öffentliche Dienste und Sicherheit und Rechnungsprüfungskommission referiert **Martin Gasser**.

GF Publikumsdienste K1-K7

Bei den Publikumsdiensten wurden nur die Fr. 200'000.- Erhöhung des Globalkredits hinterfragt. Fr. 170'000.- fallen bei der Einwohnerkontrolle an und weitere Fr. 30'000.- werden für einen Ersatz des Leichenwagens benötigt. Weiter Fr. 50'000.- für ein Kundenleitsystem wurden bereits zurückgestellt.

Es wurde ein Antrag zur Kürzung des Globalbudgets um Fr. 100'000.- auf Fr. 1'386'000.- gestellt.

Auf die Anfrage an Stadtrat Hans Streit, wo er diese Summe einsparen wolle oder könne? Antwortete er, es würde sicher der Ersatz für den Leichenwagen verschoben und der Rest würde sich negativ auf die Jahresrechnung auswirken, da in den Publikumsdiensten fast alles gebundene Ausgaben sind. Weitere Details können nun aus der Liste der Kürzungsanträge entnommen werden.

Der Antrag wurde trotzdem mit 5:2 Stimmen angenommen.

Das GF wurde mit einem Globalkredit von Fr. 1'386'000.- mit 7:0 Stimmen angenommen.

RPK ebenfalls 5 : 4 Kürzungsantrag angenommen worden.

Hans Streit weist darauf hin, dass die Registerharmonisierung vorgeschrieben ist. Sparmöglichkeiten bieten sich bei den Urnennischen und beim Ersatz des Leichenwagens. Abgesehen davon ist Uster die einzige Gemeinde, die ihre Hundeabgabe erhöhen muss.

Keine weiteren Wortmeldungen mehr erwünscht.

Abstimmung Kürzungsantrag:

Der Gemeinderat beschliesst mit

19 : 15 Stimmen

dem Kürzungsantrag des Globalkredits auf Fr. 1'386'000 zuzustimmen.

4.12 GF Soziale Sicherheit

Für die Kommission Soziales und Gesundheit referiert **Lennie Grob**.

Kommission Soziales und Gesundheit

GF Soziale Sicherheit

Leistungsaufträge 2010- 2013 / Globalbudget 2010

In der Vorbesprechung am 26. Oktober 09 mit Barbara Thalmann, Stadträtin, und Armin Manser, Abteilungsleiter, wurden einige Fragen der Subkommission beantwortet.

Wir danken an dieser Stelle der Abteilung für das Erstellen des Budgets 2010, die Auskünfte und Antworten auf unsere Fragen und die geleistete Arbeit im vergangenen Jahr.

Die Leistungsaufträge und das Budget 2010 wie sie vorliegen, lassen nur wenige Fragen offen.

Zum GF Soziale Sicherheit, Seite L 1 in der Einleitung:

Dass die Anzahl Neugesuche um IV- Ergänzungsleistungen zurück gegangen ist, ist, weil die IV seit der Revision weniger Renten ausbezahlt.

LG Sozialversicherungen, Seite L 3

Wirkungs- und Leistungsziele: *Sämtliche Personen in Uster sind gegen Krankheit versichert. Wir wollten wissen, wie die Stadt dies kontrolliert, sind doch die Krankenkassenprämien resp. ihrer Steigung, immer wieder ein Thema.*

Die Stadt geht davon aus, dass in der Zwischenzeit, seit dem Krankenkassenobligatorium, alle Bewohnerinnen und Bewohner versichert sind. Neuzuzügerinnen und Neuzuzüger müssen bei der Anmeldung bei den Einwohnerdiensten ihre Krankenversicherungspolice vorweisen. Liegt kein Versicherungsschutz vor, nimmt das Sozialversicherungsamt mit den Betroffenen, zwecks weiterer Klärung, Kontakt auf.

Finanzen und Personal Seite L 4

Die Bruttoauszahlungen bei den Zusatzleistungen AHV/IV sind gestiegen, die Nettokosten der Leistungsgruppe aber sinken.

Der Beitrag des Kantons an den Zusatzleistungen beträgt weiterhin 44 %, die vermehrten Rückerstattungen werden von den Leistungsbezügerinnen und -bezüger gemäss den kantonalen Richtlinien erbracht.

LG Familienergänzende Betreuung, Seite L 5

Finanzen und Personal:

Die Zunahme im Total Nettokosten 2010 ist bedingt durch die erwartete Änderung der Einkommensstruktur der Eltern und die Umlagerung von Hortplätzen zu Krippenplätzen. Auch ist eine gewisse Reserve für ev. neue Krippenplätze vorgesehen.

Globalkredit

Mit einem Total, inkl. Interne Verrechnungen/kalk. Kosten, von Fr. 10'633'00.00 liegt das Budget 2010 leicht unter dem Budget 09 (10'843.00.00) und der HR 09 (10'693.00.00).

Die Kommission Soziales und Gesundheit beantragt einstimmig dem Gemeinderat die Leistungsaufträge 2010- 2013 und das Globalbudget 2010 des GF Soziale Sicherheit zu genehmigen.

Lennie Grob- Overdulve
Daniel Hunziker
KSG

30.11.2009

Barbara Thalmann wünscht auf Anfrage der Vorsitzenden nicht das Wort.

Keine weiteren Wortmeldungen mehr erwünscht.

4.13 GF Gesundheit

Für die Kommission Soziales und Gesundheit referiert **Matthias Bickel**.

Sehr geehrte Präsidentin, geschätzte Anwesende

Am 19. Oktober 2009 trafen sich Stadträtin und Vorsteherin des Geschäftfeldes Esther Rickenbacher, Abteilungsleiter Thomas Rentsch und Gemeinderat Tobias Deininger zur Besprechung des Voranschlag 2010 des GF Gesundheit.

*Im Vergleich zur Hochrechnung 2009 fällt der beantragte **Globalkredit** von CHF 576'000 um **gut 9% tiefer** aus. Eine konservative und sparsame Planung der Ausgaben machten dies möglich.*

*Die Anzahl **Arbeitsstellen** beläuft sich wegen der Erhöhung des Sekretariatspensums von 0.2 Stellen neu auf 7.2; in den LG bleiben die Stellenprozente gleich. Die Erhöhung des Sekretariatspensums ist nötig, weil zu wenig administrativen Kapazitäten vorhanden sind zur Betreuung der drei GF Betreutes Wohnen, Gesundheit und Sport. Die Kombistelle des Altersbeauftragten, welche vom GR letztes Jahr nicht bewilligt worden war, hätte diesen Teil der administrative Aufgaben übernommen.*

*Für 2010 sind im Bereich **SanUster** das Messkonzept und die Entwicklung der Messkriterien bezüglich Qualitätslabel geplant, beim Projekt **Gesundheitsmeile** werden 2010 die beiden Themen "Verkehr" und "Grünraum" dem Masterplan entsprechend in Angriff genommen.*

*Das Thema "**Bussen**" für **Littering**" ist unter anderem Gegenstand der neuen Polizeiverordnung. Das GF Gesundheit ist für die nötige Öffentlichkeitsarbeit zuständig und wird im Jahr 2010 dementsprechend beschäftigt sein.*

***Investitionen** sind keine geplant. Je nach Bedarf werden in der LG Abfall + Umwelt neue und zu erneuernde Sammelstellen mit unterirdischen Containern ausgerüstet. Die anfallenden Kosten sind durch den Spezialfonds gedeckt.*

*Die **Grünabfuhr** im LG Abfall + Umwelt ist 2009 gut gestartet, die Menge Grüngut bleibt aber noch hinter den Erwartungen zurück. Mit einer verstärkter Öffentlichkeitsarbeit soll diese separate Entsorgung 2010 noch beliebter gemacht werden. Zudem konnten die Öffnungszeiten der Hauptsammelstellen erweitert werden – und dies ohne Mehrkosten, sondern durch reine Optimierung der Arbeitseinsätze. Die neuen Öffnungszeiten finden bei der Kundschaft guten Anklang.*

*Seit 2009 läuft die LG **Lebensmittelkontrolle** fachlich über die zertifizierte Stelle in Zürich. Die Zusammenarbeit ist gut angelaufen, Mängel im Bereich der elektronischen Datenerfassung sind 2010 aber noch zu beheben.*

Während der Beratung des GF in der KSG wurden keine Anträge eingereicht.

Schlussabstimmung

Die KSG empfiehlt dem Gemeinderat den Leistungsauftrag wie Globalkredit des GF Gesundheit von CHF 576'000 einstimmig zur Annahme.

*Für die Kommission,
Matthias Bickel.*

Matthias Bickel führt weiter aus, dass in der RPK ein Kürzungsantrag über 36'000 Franken gestellt wurde. Die Begründung dazu lautete, dass auch in diesem Geschäftsfeld zur Bremsung des Ausgabenwachstums beitragen soll. Die Aufstockung des Sekretariates soll aber nicht angetastet werden. Hingegen ist bei sanuster usw. noch Sparpotential drin.

Esther Rickenbacher weist auf die Liste des Stadtrates betreffend den Auswirkungen der Kürzungen hin. Der Rat will bei den Ausgaben bremsen, der Stadtrat hat selber schon massiv gebremst! Es wird weniger Geld für den Gesundheitstag eingesetzt, es wird auf eine Teilnahme an der Uster Messe verzichtet, usw. Sanuster und die Gesundheitsmeile sind jedoch auch von anderen Leistungsträger bzw. Teilnehmer anhängig, da kann die Abteilung nicht alleine agieren.

Keine weiteren Wortmeldungen mehr erwünscht.

Abstimmung Kürzungsantrag:

Der Gemeinderat beschliesst mit

21 : 13 Stimmen

dem Kürzungsantrag des Globalkredits auf Fr. 540'000 zuzustimmen.

4.14 GF Betreutes Wohnen

Für die Kommission Soziales und Gesundheit referiert **Julia Amherd**.

Bericht GF Betreutes Wohnen (S. N1- N10) – Leistungsaufträge 2010- 2013, Globalbudget 2010

*Sehr geehrte Präsidentin
Geschätzte Anwesende*

Die VertreterInnen der Subkommission Jean- Claude Simmen und Julia Amherd trafen sich am 19. Oktober 2009 mit der Vorsteherin des Geschäftsfeldes, Stadträtin Esther Rickenbacher und den zuständigen Verantwortlichen der Stadtverwaltung, der Heime und der Spitex.

Im Vergleich zur Hochrechnung 2009 fällt der Globalkredit um CHF 90`000 bzw. um ein Prozent tiefer aus. Dabei steuern die LG Betreutes Wohnen und Spitex Minderkosten bei, der höhere Defizitbeitrag an das Spital Uster hebt den Effekt praktisch wieder auf.

Die Sanierung des Pflegezentrums Im Grund und die Erstellung des neuen Spitexzentrums sind gut vorangekommen. Das Pflegezentrum kann voraussichtlich im Februar und das neue Spitexzentrum dann im April 2010 den Betrieb aufnehmen. Im Rahmen der Einweihung der beiden Zentren findet Ende Mai 2010 ein Gesundheitstag statt, mit dem Ziel, Uster als wichtigen Standort im Gesundheitsbereich zu positionieren.

Leider können aufgrund mangelnder Personalressourcen das Projekt Gesundheitsmeile nur mit tiefer Priorität und die Überarbeitung des Alterskonzeptes 2002 gar nicht bearbeitet werden.

Voraussichtlich Mitte 2010 wird gesamtschweizerisch ein neues Pflegefinanzierungsmodell in Kraft treten. Die Konsequenzen sind zur Zeit schwierig einzuschätzen, da die Ausführungsbestimmungen des Kantons noch fehlen. Diese sind auf März 2010 angekündigt. Die Neuordnung der Pflegefinanzierung betrifft neben der Krankenversicherungsgesetzgebung auch die AHV und die Ergänzungsleistungen.

Die Trägerkonferenz Alter, welche sich aus den Institutionen im Gesundheitsbereich in Uster zusammensetzt, hat im Oktober 2009 ein Grobkonzept für einen zentralen Notfalldienst präsentiert. Beim zentralen Notfalldienst handelt es sich um eine Ergänzung zum Notfalldienst des Spitals Usters. Betreuungs-, Pflege-, medizinische und soziale Dienstleistungen sollen neu auch nachts und durch eine zentrale Anlaufstelle beansprucht werden können.

Zu den übergeordneten Wirkungs- und Leistungsziele (S. N1 und N2)

Z 09: *Das GF Betreutes Wohnen versucht möglichst viele und gut betreute Ausbildungsplätze anzubieten. Die Zahl 10% gilt als allgemeine Zielsetzung für das GF. Die Zielsetzung kann mittelfristig angepasst werden.*

Personal (S. N3)

Die Anzahl Arbeitsstellen steigen im Vergleich zur Hochrechnung 2009 um zehn auf 237 und kommen so auf den Bestand vor der Umbauphase zurück.

Die Arbeitsbelastung durch die Umbauphase führt zu mehr Krankheitsausfällen. Die Leitung und Begleitung durch die Abteilungsleitenden und durch das HRM soll durch besser koordinierte Massnahmen wie bewusst gepflegten Kontakt bei krankheitsbedingten Ausfällen, Begleitung beim Wiedereinstieg und früheren Abklärungen bei Langzeitausfällen, spürbarer werden.

Die geplanten Investitionen für 2010 belaufen sich auf CHF 3'084'000, wobei ein Drittel beim Pflege- und Spitexzentrum anfallen. Ferner wird in den Heimen im kommenden Jahr mit der Einführung eines elektronischen Pflegeerfassungssystems begonnen. Das System soll helfen, die Erfassung der Pflegeleistungen effizienter abzuwickeln und Doppelspurigkeiten zu vermeiden. Die Einführung kostet insgesamt 320'000. Dies beinhaltet die Anschaffung des Systems und die Schulung der Mitarbeitenden. Im Jahr 2010 sind davon CHF 50'000 budgetiert.

LG Spitex

Wirkungs- und Leistungsziele

Im Z 01 ist zu entnehmen, dass die Spitex Uster nach den verbindlichen Qualitätsnormen und – Kriterien des Schweizerischen Spitexverbandes arbeitet.

Indikatoren

I 01: Der Anstieg der Arbeitsstunden Pflege bei der Spitex ergibt sich einerseits aus der Einführung des EDV- Abklärungsinstrumentes RAI und der wiederum gestiegenen Nachfrage.

I 07: Die Nachfrage nach Krankenmobilen ist mit über 1100 Kontakten pro Jahr sehr gross. Die Einnahmen betragen im Jahr 2008 CHF 40'000.

Die unter dem **Indikator I 09** aufgeführten Vernetzungspartner sind Kontaktpersonen/Organisationen zur Verbesserung der Dienstleistungserbringung. Vernetzungspartner sind Spital, Trägerkonferenz, Onko- und Kinderspitex, Sozialdienste, ambulante Hebammen, regionale Psychiatrie, etc. Mit der Kennzahl wird der Zeitaufwand um die gesetzlich festgelegte Vernetzung sicherzustellen, aufgezeigt.

In der Beratung in der KSG wird der Antrag gestellt, das 2009 gestrichene Leistungsziel **Projekte initiieren zur strategischen Entwicklung und Förderung der Altersarbeit** wieder aufzunehmen.

Die Sammelkosten Geschäftsfeld seien mit Fr. 50'000.– zu erhöhen auf neu Fr. 144'000.–

und beim Personal

sei bei der Leitung Geschäftsfeld 0.5 Stellen aufzunehmen ab 2010

Entgegen der Auffassung, dass sich seit dem letzten Jahr nichts geändert habe und deshalb dieser Antrag zur Unzeit käme wird in der Kommission die Meinung vertreten, dass die Einführung der Fachstelle Alter jetzt dringend und nötig ist. Es wird darauf hingewiesen, dass im Kantonsrat vor wenigen Wochen die Einzelinitiative Schaller für die Einführung einer Fachstelle für Alterspolitik auf Kantonsebene abgelehnt wurde. Wichtig sei dabei die Begründung der Kantonsregierung: Die Verantwortung für die Alterspolitik müsse bei den Gemeinden bleiben. Dies zeige klar, dass die Planungsarbeit den Gemeinden niemand abnimmt.

Schlussabstimmungen

Die KSG empfiehlt dem Gemeinderat mit 4:3 Stimmen dem Antrag zur „Aufnahme einer Fachstelle für das Alter“ mit einer Erhöhung der Sammelkosten des GF Betreutes Wohnen um CHF 50'000 auf neu CHF 144'000 zuzustimmen.

Ebenfalls mit 4:3 empfiehlt die KSG dem Gemeinderat den Leistungsauftrag wie Globalkredit des GF Betreutes Wohnen- inklusive der „Fachstelle für das Alter“ von neu CHF 10'718'000 zur Annahme.

Für die KSG, 7.12.09
Julia Amherd

Für die Rechnungsprüfungskommission referiert **Matthias Bickel**.

Sehr geehrte Präsidentin, geschätzte Anwesende

An der RPK-Sitzung vom 23. November wurde der Antrag aus der KSG zur Aufnahme einer 50%-Stelle ab 2010 für eine Fachstelle für das Alter ebenfalls diskutiert. Es wurden dabei keine neuen Argumente ins Feld gebracht, wie schon aus der Sachkommission bekannt waren. Der Antrag wurde schliesslich mit 4:5 Stimmen abgelehnt.

Betreffend den Investitionen der LG Heime wurden zwei Kürzungsanträge gestellt:

- Ein Antrag über eine gänzliche Kürzung von CHF 140'000 der Investitionen bei der EDV, beim Pflegemobiliar, bei Grossgeräten und Fahrzeugen. Die Behörden hätten dabei freie Hand, wie sie die Schwerpunkte der Kürzungen setzen wollten. Investitionen im Bereich feuerpolizeilicher Massnahmen sollten nicht gekürzt und wie geplant getätigt werden.

- Ein Gegenantrag über eine explizite Verschiebung der geplanten Investitionen von CHF 70'000 ins folgende Jahr, welche für den Ersatz von Fahrzeugen eingesetzt worden sind.

Nach eingehender Diskussion erhielt die Kürzung von CHF 140'000 in der Ausmarchung drei Stimmen, die Verschiebung der CHF 70'000 sechs Stimmen. In der Gegenüberstellung zum Antrag des Stadtrates wurde die Verschiebung von CHF 70'000 mit 5:4 Stimmen schliesslich angenommen.

Die RPK empfiehlt dem Gemeinderat somit den Antrag zur Annahme, die Investition bei den Fahrzeugen der LG Heime von CHF 70'000 um ein Jahr zu verschieben.

Für die Kommission,

Matthias Bickel.

Esther Rickenbacher meint, das ist jetzt ein typisches Beispiel, wo man gerne in der Sachkommission dazu Stellung genommen hätte. Die Abteilung hat keine Luft im Budget. Sowohl im Grund als auch im Dienerrain werden je ein behindertengerechtes Fahrzeug dringend gebraucht. Aufgrund der Spezialausführung sind die Fahrzeuge so teuer. Das bestehende Auto ist 19 Jahre alt. Nächstes Jahr muss es vorgeführt werden und wird nicht mehr zugelassen, da es zuviel Roststellen aufweist. M.a.W. wird ab Sommer 2010 kein Fahrzeug mehr zur Verfügung stehen, wenn jetzt der Globalkredit gekürzt wird. Auch der multifunktionale Traktor muss ersetzt werden, er dient u.a. zur Schneeräumung. Sie beantragt, die Fr. 70'000 so nicht zu streichen.

Claude Simmen

Die SVP-/EDU-Fraktion hat das Gefühl, dass es nach der Ablehnung im letzten Jahr durch den Gemeinderat nun zu früh ist, schon wieder über eine Fachstelle für das Alter zu diskutieren. Es sieht konkret so aus, als dass die SP den Entscheid des Gemeinderates vom letzten Jahr einfach nicht akzeptieren kann. Ferner hat es der Stadtrat denn auch explizit abgelehnt, einen Budgetposten für eine Fachstelle Alter ins Budget aufzunehmen.

Tatsache ist denn auch, dass sich die Ausgangslage gegenüber dem letzten Jahr unverändert präsentiert. Daher lehnen wir es ab, ins Budget eine 50 %-Stelle für den Altersbeauftragten (Fachstelle für das Alter) aufzunehmen.

Simmen, Gemeinderat SVP

Walter Strucken

*Geschätzte Gemeinderatspräsidentin
Liebe Kolleginnen und Kollegen vom Gemeinderat
Sehr geehrte Zuhörer auf der Tribüne*

Das Leistungsziel

Projekte initiieren zur strategischen Entwicklung und Förderung der Altersarbeit

haben wir vor einem Jahr an dieser Stelle gestrichen und anschliessend den Globalkredit um den entsprechenden Betrag gekürzt und damit die Einführung einer Fachstelle für das Alter verhindert.

Der Stadtrat hat trotz dem durch das Geschäftsfeld ausgewiesenen Handlungsbedarf die Wiederaufnahme dieses Anliegens gestrichen, offenbar mit der Begründung, dass der Gemeinderat ja letztes Jahr zur Einführung nein gesagt hat. Der Stadtrat könne deshalb das gleiche Anliegen nicht wieder bringen.

Dafür haben wir ein gewisses Verständnis. Aber wir im Gemeinderat können ja wieder über die Bücher und das gleiche Anliegen prüfen und zu einem anderen Schluss kommen.

An der Ausgangslage hat sich nichts geändert. Der Handlungsbedarf wurde im GF Betreutes Wohnen – wie erwähnt - klar festgehalten. So wird gesagt, dass jetzt das Alterskonzept 2002 durch ein umfassendes Altersleitbild mit entsprechenden Strategien und Massnahmen ersetzt werden soll. Die ersten Abklärungen mit externen Fachspezialisten hätten den dringenden Handlungsbedarf bestätigt. Auch in Uster steigt die Anzahl der alten Menschen massiv. Die Babyboomjahrgänger bewirken bis 2030 eine Verdoppelung der über 65-jährigen gegenüber heute. Übrigens vertritt der bekannte Altersforscher Prof. Dr. François Höpflinger (einer der durch Uster beigezogenen Fachleute) die Auffassung, dass es heute eigentlich zwei Altersleitbilder brauche. Eines für die „jungen Alten“ und eines für die Hochbetagten.

Im Kantonsrat wurde am 19. Oktober 2009 die Einzelinitiative Schaller für die Einführung einer Fachstelle für Alterspolitik auf Kantonsebene abgelehnt. Wichtig scheint mir dabei die Begründung, welcher eine Mehrheit des Kantonsrat gefolgt ist: Die Verantwortung für die Alterspolitik müsse bei den Gemeinden bleiben. Dies zeigt uns klar, dass uns niemand die Arbeit für die Planung in der Alterspolitik abnimmt. Wir müssen sie selber an die Hand nehmen. Es gibt genügend Beispiele anderer Gemeinden und Städte, dass sich eine Fachstelle für das Alter bewährt. Eine kostenorientierte Planung ist günstiger als dannzumal „Feuerwehrrübungen“ durchzuführen. Zuwarten verursacht mit Sicherheit hohe Mehrkosten.

Gerade letzte Woche ist der aktualisierte Bericht zur Alterspolitik im Kanton durch den Regierungsrat veröffentlicht worden. Es handelt sich um den Bericht aus dem Jahr 2005, der in den wesentlichen Teilen bestätigt wurde. In diesem Bericht finden sie immer wieder Bereiche für die klar die Gemeinden zuständig und verantwortlich sind.

Viele Fragen rund um das Alter sind in unserer Stadt gut bis sehr gut gelöst. Ich denke dabei

- an Sozialberatung und an Treuhanddienst/Rentenverwaltung*

- oder an die Rekrutierung und Schulung von PRIMAS (Private Mandatsträger im Vormundschaftsbereich) welche durch eine Leistungsvereinbarung mit Pro Senectute gut betreut ist.*

- Wir haben auch eine gut funktionierende Anlaufstelle für alle Fragen rund um den Heimeintritt und bei Problemen der allgemeinen Lebensgestaltung im Alter.*

- *Jetzt wo bald das neue Pflegezentrum „Im Grund“ mit der neuen Demenzabteilung eröffnet wird, können wir auch sagen, dass auch die Versorgung mit Alters- und Pflegeheimplätzen, Alterswohnungen in Uster gut ist.*

Es sind aber alles Fragestellungen, die für heute und vielleicht in ein paar Monaten gelten.

Defizite bestehen in Uster bei Fragen der Planung im Alter. So haben wir wohl ein Alterskonzept aus dem Jahr 2002. Es ist darin festgehalten, das Alterskonzept einer Vernehmlassung in der Bevölkerung zu unterziehen. Diese Massnahme ist ebenso wenig durchgeführt worden wie zahlreiche andere im Bericht vorgesehene Schritte. Es ist also dringend nötig, dass unter Einbezug der Bevölkerung die Grundlage für die Altersarbeit in unserer Stadt aktualisiert und ein Altersleitbild mit konkreten Umsetzungsmassnahmen erarbeitet wird.

Gemäss den Ergebnissen einer Kanadischen Studie erkrankten 28% der über 80-jährigen an Demenz. Wie das letzte Jahr schon unsere Fachfrau im Gesundheitswesen, Julia Amherd, darauf hingewiesen hat ist in den Industriestaaten mit einem starken Anstieg dieser Quote zu rechnen. Wir haben heute in Uster 1205 Personen mit über 80 Jahren und erwarten eine markante Zunahme in den nächsten Jahren. Das bedeutet, dass damit auch die Anzahl der an Demenz erkrankten Personen zunimmt und es genügend Heimplätze und genügend ausgebildetes Pflegepersonal im Spital, im Pflegeheim und in der Spitex braucht.

Es gilt herauszufinden, was wir lokal tun können, um dem Mangel an Pflegepersonal zu begegnen. Gäbe es Projekte, das Potenzial der „jungen Alten“ einzusetzen?

Wir sind überzeugt, dass wir in Sachen Prävention in Uster zu wenig tun. Bei uns setzt Prävention eigentlich erst ein, wenn die Spitex im Einsatz ist und so einen Heimeintritt hinauszögern oder verhindern kann. Das ist aber viel zu spät. Nach Prof. Höpflinger liesse sich durch Gesundheitsförderung und Prävention beim älteren Menschen ¼ der Behinderungen im Alter verhindern. Laut Hochrechnungen könnten eine Milliarde Franken so eingespart werden (EIGER-Projekt im Rahmen des nationalen Forschungsprogramm NFP 32). Eine wirksame Prävention und Gesundheitsförderung verbessert also die Lebensqualität und senkt die Kosten.

Wir haben in Uster viele Akteure im Seniorenbereich. Das ist erfreulich und ist ein Beweis für unsere lebendige Stadt. Wenn man mit diesen Akteuren spricht, hört man immer wieder, dass die bestehende Trägerkonferenz, zu der Stadträtin Rickenbach zwei Mal im Jahr einlädt zwar geschätzt wird. Sie genügt aber bei weitem nicht. Eine bessere Koordination und auch eine Lenkung der Aktivitäten seien dringend nötig.

Ein wesentlicher Faktor, welcher dazu beiträgt, dass alte Menschen länger in ihrer gewohnten Umgebung bleiben können ist die Erhaltung der Mobilität dazu gehört die sichere Strassengestaltung, also Temporeduktionen in Quartiere wo viele ältere Menschen wohnen, Sanierung von gefährliche Strassenabschnitt. Aber auch die Förderung von Quartierzentren und der Ausbau der ambulanten Dienste.

Natürlich kann der oder die Altersbeauftragte diese Aufgaben nicht alleine lösen. Aber sie kann Projekte anstossen, welche für die Politik die nötigen Grundlagen ergeben. Es ist einfach offensichtlich, dass die Fragen ums Alter mit riesigen Herausforderungen auf uns zukommen werden. Es ist deshalb dringend nötig, dass wir jetzt jemanden freistellen, der an diesen Fragen arbeiten und die nötigen Impulse auslösen kann.

Ich bitte darum sehr um Unterstützung meines Antrages.

Walter Strucken

2. Dezember 2009

Werner Kessler fragt in die Runde, wer sich die Mühe genommen hat und vor Ort sich ein Bild von den Zuständen gemacht hat. Das Personal hat ihm die Auskunft erteilt, dass niemand vom Rat zu Besuch war. Er beschreibt seinen Augenschein an dem rostigen Fahrzeug und seine Einschätzung, dass es nie und nimmer nochmals zugelassen würde. Das Dienerheim hat vor zwei Jahren ein neues Fahrzeug angeschafft, das allen Bedürfnissen entspricht. Das Heim im Grund muss dies nun auch tun können. Ausserdem ist es dringend notwendig, ein kombinierter Allradtraktor anzuschaffen, denn das Personal ist mit dem alten Traktor am Limit und der ordentliche Betriebsablauf ist nicht mehr gewährleistet. Überdies kann bei Bedarf die Maschine mit dem Spital oder dem Wägerenhof ausgetauscht werden.

Matthias Bickel

Kürzungsantrag

LA/GB 2010 - GF Betreutes Wohnen

Investitionen Heime: Mobilien / Fahrzeuge / EDV

Absicht

Ich beantrage, die Investitionen der LG Heime im Bereich Mobilien / Fahrzeuge / EDV von CHF 544'000 um CHF 140'000 auf neu CHF 404'000 zu kürzen.

Begründung

Wir meinen, dass in den Bereichen EDV, Grossgeräte, Fahrzeuge und Pflegemobiliar noch Sparpotenzial vorhanden ist, möchten der zuständige Behörde aber freie Hand lassen, bei welchen Posten sie die Prioritäten setzen will. Investitionen im Bereich feuerpolizeilicher Massnahmen sollen nicht gekürzt und wie geplant getätigt werden.

Dem Antrag der Sachkommission ist zu entgegnen, dass dies erstens kein Sparen ist, indem man die CHF 70'000 einfach ins nächste Budget verschiebt und zweitens können so auch dringende Investitionen wie der Ersatz des Fahrzeugs nicht getätigt werden. Teilinvestitionen von dringenden Posten helfen mehr, als ganze Investitionen abzuklemmen oder einfach nach hinten zu schieben.

*Uster, 30. November 2009,
Matthias Bickel.*

Quelle: LA/GB 2010, Investitionsplanung, Seite N3.

Daniel Hunziker spricht namens der GLP und regt eine Zusammenarbeit mit „mobility“ an.

Julia Amerd bedauert es, dass die betroffenen Leute im Heim heute nicht anwesend sein können, um die Diskussion mitzuerleben. Sie sind schon genug in ihrer Bewegungsfreiheit eingeschränkt, sind kaum freiwillig in einer solchen Institution, dann sollten sie wenigstens ein taugliches Fahrzeug haben, um mobil zu sein. Sie beantragt, der Kürzung nicht zuzustimmen.

Balthasar Thalmann ergreift das Wort und führt aus, dass die Fachstelle Altersbeauftragter dringend notwendig ist.

Werner Kessler

Werte Kolleginnen und Kollegen.

Weil dieser Kürzungsantrag die KSG betrifft, hat mich dann heute doch noch der Hafer gestochen, um mir ein persönliches Bild über diese Kürzung zu verschaffen.

Es geht ja schliesslich um einen einen Kürzungsantrag von 70 000.— für ein neues Invaliden Transportfahrzeug und einen Traktor für Rasenmähen und Schneeräumung.

Ob der Antrag zur Kürzung angenommen wird oder nicht, möchte ich doch einmal vom Rat wissen, wer sich die Mühe genommen hat, vor Ort Detailinformation einzuholen, um sachlich entscheiden zu können?

Es erstaunt mich überhaupt nicht, dass ich gemäss Aussagen des Personals der erste Gemeinderat bin, der sich dafür interessiert.

Ich hab mir heute Morgen 3 Stunden die Mühe genommen, mich vor Ort über den Sachverhalt für die Neuanschaffungen zu informieren. Was ich dann an

Information erhalten und gesehen habe, liess mir gelinde ausgedrückt die Haare zu Berge stehen.

Da steht ein Invalidenfahrzeug, das man als 2. Rostlaube auf 4 Rädern, neben der geplanten am See, bezeichnen könnte und das mit fast 20 Jahren und 50 000km. Nicht nur dass die Tragenden Teile der Karosserie am Durchrosten sind, es hat sogar Rostlöcher am Aufbau. Zudem hat es an der Einziehrampe einen 1m. langen und 3cm breiten Spalt, sodass sich das Fahrzeug hinten gar nicht aufheizen lässt. Auch fehlen für den Betreuungs- oder Begleitsitz die Sicherheitsgurte und was die Energieeffizienz anbelangt, würde ich dieses Fahrzeug als Dreckschleuder beurteilen. Nach dem Gesamtzustand zu urteilen, müsste das Fahrzeug bei einer jetzigen Kontrolle aus dem Verkehr gezogen werden oder übernehmt Ihr bei einem Schadenfall die Verantwortung?

Das Heim Dietenrain hat vor 2 Jahren ein neues Fahrzeug angeschafft, dass den heutigen Bedürfnissen entspricht und auch denen des Heimes im Grund entsprechen würde.

Zum Traktor

Als Ex-Gartenbauer und Maschinenparkbesitzer kenne ich mich im Kosten- und Nutzenverhältnis sehr gut aus. Was ich aber im Dietenrain angetroffen habe, kann ich nur als Spielzeuge bezeichnen, mit welchen keinerlei Effizienz

erreicht werden kann. Es ist dringendst notwendig, einen kombinierten Allrad-traktor anzuschaffen, der den Anforderungen entspricht mit Grasfangsack und vom Sitz verstellbarem Schneepflug, wobei auch noch weitere Geräte kombiniert werden können.

Im weiteren habe ich feststellen müssen, dass die zuständigen Mitarbeiter mit dem veralteten Maschinenpark mit Ihrem Auftrag des öftern am Limit stehen. Im Dietenrain wird der Wahrscheinlichkeit nach auf Ende Februar ein Mitarbeiter frei gestellt, was nicht zu verantworten ist, da meiner Ansicht nach bei einem Ausfall der Betriebsablauf nicht mehr gewährleistet ist und Leute vom Heim im Grund einspringen müssten.

Was mich aber positiv überrascht hat, war die Aussage, dass Motorgeräte für den Unterhalt je nach Bedarf vom Spital oder Wagerenhof untereinander zur Verfügung gestellt werden.

Abschliessend halte ich fest, dass der Kredit dringend bewilligt werden muss

oder kommt es wieder zu einem Bauchentscheid zu ungunsten von noch motiviertem Personal.

Werner Kessler

Rolf Denzler vertritt die Ansicht, dass das Auto ersetzt werden muss, wenn es so nötig ist. Es ist sehr operativ, wenn Gemeinderatsmitglied Kessler das Fahrzeug geprüft hat. Dafür ist die Geschäftsleitung zuständig und muss entscheiden, wo die zur Verfügung stehenden Gelder eingesetzt werden. Sie muss halt eine andere Sache zurückstellen. Es bleiben schliesslich rund Fr. 400'000 andere Budgetstellen. Die SVP-/EDU-Fraktion unterstützt deshalb den Kürzungsantrag.

Keine weiteren Wortmeldungen mehr erwünscht.

Abstimmung Antrag Fachstelle Altersbeauftragter

Der Gemeinderat beschliesst

mit 14 : 20 Stimmen

Der Antrag für eine Fachstelle Altersbeauftragter wird abgelehnt.

Ausmarchung Antrag RPK gegen Antrag FDP

Der Gemeinderat beschliesst

mit 15 Stimmen zu unterstützen:

Die Verschiebung der Investitionsplanungen um ein Jahr vom Anteil Fahrzeuge (136): ./ Fr. 70'000.

Der Gemeinderat beschliesst

mit 18 Stimmen zu unterstützen:

Kürzung Investitionen im Bereich Heime –Mobilien, Fahrzeuge, EDV usw. um Fr. 140'000.

Schlussabstimmung

Der Gemeinderat beschliesst

mit 18 : 16 Stimmen

dem Kürzungsantrag des Globalkredits um Fr. 140000 (im Bereich Mobilien) auf Fr. 404'000 zuzustimmen.

4.15 GF Sport

Für die Kommission Bildung und Kultur referiert **Claudia Wyssen**.

Subkommission Sport Budget 2010

Ich berichte zuerst aus den Beratungen der Kommission Bildung und Kultur und anschliessend aus der RPK.

Im nächsten Jahr konzentriert sich das Geschäftsfeld Sport vor allem auf zwei Schwerpunkte:

- *Das Schwimmsportzentrum und*
- *Die Schaffung zweier zusätzlicher 50 % Stellen (Sportwart und Sekretariat)*

Es ist damit zu rechnen, dass die Vorlage über das zukünftige Schwimmsportzentrum im November 2010 zur Urnenabstimmung vorliegt. Für das nächste Jahr sind in der Investitionsplanung CHF 2'600'000.- eingestellt.

*Das **Buchholz Gelände** benötigt eine Gesamtplanung, in der sowohl das Schwimmsportzentrum als auch die Möglichkeiten für den Fussballclub berücksichtigt werden.*

*Die Belegung unserer **Aussenanlagen** ist vor allem in den Sommermonaten gut. Alle Benutzer bezahlen Gebühren.*

*Zum Thema **Werbung**: Da dieses Leistungsziel zukünftig mit Hilfe eines Vermarkters erreicht werden soll, ist man hier auf gutem Wege und optimistisch, im nächsten Jahr das Ziel CHF 100'000.- zu erreichen.*

*Es ist geplant, zwei neue 50% **Stellen** zu schaffen:*

- *50% für einen zusätzlichen Sportwart (notwendig u. a. durch das neue Kunstrasenfeld)*
- *50% Sekretariatsstelle*

Es wurde uns erklärt, dass die Sekretariatsstelle beinahe kostenneutral geschaffen werden kann, da die neue Stv. Leitung des Geschäftsfeldes in einer tieferen Lohnklasse angestellt werden kann. Somit wird diese zusätzliche Stelle maximale Mehrkosten von CHF 8'500.- / Jahr haben.

*Grundsätzlich steigen die budgetierten **Sammelkosten** dieses Geschäftsfeldes von CHF 184'000.- auf CHF 360'000.- an. Dies entspricht beinahe einer Verdoppelung und beruht darauf, dass es sich im 2010 aufgrund der Pensionierung des Geschäftsfeldleiters um ein spezielles Jahr handelt.*

*Der Stadtrat beantragt dem Gemeinderat für das Geschäftsfeld Sport einen **Globalkredit von CHF 2'832'000 Franken**.*

In der KBK wurden einige Anträge gestellt.

Antrag 1

Streichung der 50% Sachbearbeitung/Sekretariat Stelle. Diesem Antrag wurde seitens der Stadträtin Esther Rickenbacher entgegen gehalten, dass eine allfällige Streichen Kostenauswirkungen auf die zu besetzende 100%-Stelle habe. Da die neue 50% Stelle letztlich kostenneutral sein soll/wird wurde der Antrag auf Streichung mit 3 : 6 Stimmen abgelehnt.

Antrag 2

Streichung der 50% Sportwart Stelle (Unterhalt Kunstrasen), Antrag mit 8 : 1 Stimmen angenommen.

Antrag 3

Kürzung der Kosten GF Sport um CHF 132'000 auf neu CHF 2'700'000, Antrag mit 4 : 5 Stimmen abgelehnt. Das mit der Begründung, dass die Einsparung durch die Streichung der 50% Sportwart Stelle nicht 132'000 Franken ausmacht, sondern weniger.

Im Sinne von NPM hat die Annahme des ersten Antrages die Kürzung der Sportwart Stelle eine Kürzung der Kosten, Fr. 46'000 zur Folge. Dieser Antrag wurde ebenfalls mit 6 : 3 Stimmen angenommen.

Das Geschäftsfeld Sport wurde von der KBK mit 7:2 Stimmen angenommen.

Ich berichte im Weiteren aus den Beratungen der Rechnungsprüfungskommission.

*In der **Rechnungsprüfungskommission** wurden die beiden bereits in der KBK angenommenen Anträge ebenfalls einstimmig mit 9:0 Stimmen angenommen.*

Des Weiteren wurde insbesondere der Investitionskredit CHF 400'000.- zur Aufwertung des Seeufers beim Strandbad kontrovers diskutiert. Es wurde der Wunsch geäußert, dass der Gemeinderat bei weiteren Projekten bezüglich Gestaltung des Strandbades dringend frühzeitig einbezogen wird und keine weiteren Entscheidungen ohne Vorliegen des versprochenen 3-Bäder-Konzeptes mit getroffen werden.

Dem Antrag diesen Investitionskredit von CHF 400'000.- zu streichen, wurde mit 4:5 zugestimmt. Nicht zur Verhinderung von Projekten, sondern zur Sicherstellung der Mitsprache.

Claudia Wyssen, GR, Dez. 2010

Esther Rickenbacher erinnert daran, das die Abteilung den Antrag Sandstrand in der Badi und Renaturierung Ufer Greifensee zurückgezogen hat, weil der Gemeinderat ein Gesamtkonzept betreffend aller Bäder Uster wollte. Morgen ist dieser Antrag im Stadtrat und wird danach an den Gemeinderat gehen. Im Januar kann er dann über alle drei Bäder entscheiden. Aus diesem Grund sollte dieses Projekt nicht aus der Investitionsplanung gestrichen werden.

Maja Burger

Geschätzte Frau Präsidentin, geschätzte Anwesende

Die Sp-Fraktion bezieht zu den drei Kürzungsanträgen wie folgt Stellung.

Kürzungsantrag: 50% Stelle Sportwart:

Wir werden den Kürzungsantrag unterstützen. Begründung: In den letzten Jahren hat der Stellenetat in diesem Geschäftsfeld immer zugenommen. Wir sind nun der Meinung, dass versucht werden soll, mit den bisherigen Stellen-prozenten auszukommen und Erfahrungen zu sammeln, auch mit der Wartung des neuen Kunstrasenfeldes. Wir sind aber offen dafür, die Situation in einem Jahr erneut zu prüfen.

Kürzungsantrag: 50% Sekretariatsstelle:

Diese Kürzung lehnen wir vehement ab. Schon seit Jahren ist die Leitung GF-Sport zeitlich notorisch überlastet und es haben sich zu hohe Überzeiten angesammelt. Zudem kann die neue Sekretariatsstelle kostenneutral geschaffen werden. Es ist jetzt der richtige Zeitpunkt die Leitung GF-

*Sport neu aufzugleisen. Es macht Sinn, dass Sekretariatsarbeiten durch eine Sekretariatsarbeitskraft erledigt werden und nicht durch eine höher dotierte Leitungsperson.
Wir betonen aber auch, dass es in Zukunft keine solch hohen Überzeit- Anhäufungen mehr geben darf.*

Kürzungsantrag: Investitionskredit von 400 000.- Franken.

*Wir von der SP-Fraktion werden den Kürzungsantrag aus folgendem Grund ablehnen.
In den Ustermer-Bädern besteht ein Sanierungsbedarf. Besonders in der See-Badi besteht Handlungsbedarf. Da gehen wohl alle Anwesenden mit mir einig.
Anfangs des Jahres 2010 wird dem Gemeinderat die Drei-Bäder-Betrachtung vorgelegt. Auf dieser aufbauend, werden Prioritäten gesetzt und das Seebadiprojekt neu überarbeitet. Dieses wird dann wiederum dem Gemeinderat vorgelegt und sie können darüber entscheiden.
Die mögliche Bauzeit in einem Freibad beginnt nach der Schliessung im September und muss jeweils vor der Öffnung im Mai des folgenden Jahres abgeschlossen sein.
Wenn der Kredit nun heraus gekippt wird, ist die Situation aber bis Januar 2011 blockiert. Die Zeit zwischen Januar und Mai reicht aber nicht für Umbau-arbeiten. Somit werden die Umbauten um ein weiteres Jahr heraus geschoben.
Auch im Bäderbereich würden damit die Sanierungskosten nicht gestrichen, sondern einfach vor sich her geschoben. Das Sparen heute, kommt uns in den folgenden Jahren aber teuer zu stehen. Dann ist zu befürchten, dass das Budget richtiggehend explodieren wird. Vernünftiger erscheint uns von der SP-Fraktion aber eine Investitions-In-Portionen-Politik, sodass der Finanzhaushalt der Stadt Uster auch längerfristig im Lot bleibt.
Wir von der SP-Fraktion denken über den Zeithorizont von 2010 und die nächsten Wahlen hinaus. Wir werden den Kürzungsantrag von 400 000.- Franken bei den Investitionen ablehnen. Wir bitten Sie, diesen ebenfalls abzulehnen.*

*Danke
Maja Burger*

Rudolf Locher

*Sehr geschätzte Gemeinderatspräsidentin
Werte Anwesende*

Antrag der FDP/CVP Fraktion

Wir beantragen

*Die Streichung der 50% Stelle „Sachbearbeitung/Sekretariat“
und die Kürzung des Globalkredites um Fr. 40'000.- sowie
die Streichung der 50% Stelle „Sportwartes“ und die entsprechende Kürzung des Globalkredites um den Betrag von Fr. 46'000.-,
also insgesamt Fr. 86'000.-.*

Begründung:

*Der neue Geschäftsfeldleiter wird seine Stelle per 1. Januar 2010 übernehmen.
Der **bisherige Geschäftsfeldleiter** wird bis Ende Juli 2010 tätig sein und verschiedene **Projekte und Arbeiten abschliessen**. Es sollen die Arbeitsaufteilung optimiert werden.*

*In der **Einleitung** wird erklärt, dass nach Beendigung von mehrere Jahren von einer regen Bautätigkeit mit den nötigen ausgeführten Zusatzarbeiten jetzt **der Fokus** auf die optimale Nutzung der Sportanlagen gelegt werden soll.*

Die FDP/CVP Fraktion erachtet es als nicht nachgewiesen, ob in dieser neuen Ausgangslage,
- nämlich der Neubesetzung des Geschäftsfeldleiter
- der Beendigung der Bautätigkeit
- einer neuen optimierten Aufgabenverteilung,
die Notwendigkeit der zusätzlichen zwei Stellen „Sachbearbeitung/Sekretariat“ und „Sportwart“ **tatsächlich bestehen**.
Es gibt **keinerlei Erfahrungswerte**.

Zusätzlich möchten wir darauf hinweisen, dass der Globalkredit gegenüber dem **Vorjahr um 12%** und gegenüber dem Jahre 2005 (2348T) um 20% erhöht wurde.

Wir bitten Sie, unseren Streichungs- und Kürzungsantrag zu unterstützen.

Für die FDP/CVP Fraktion

Rudolf Locher

Esther Rickenbacher kann den Antrag seitens der FDP nicht nachvollziehen und lässt ihn sich schriftlich abgeben. Zur Sekretariatsstelle führt sie aus, dass die Abteilungsleitung notorisch unter Überzeit leidet. Die 150 Stellenprozente wären kostenneutral, es fallen keine Zusatzkosten an. Wird der Sportwart nicht bewilligt, muss wie folgt gespart werden: Aussprechen eines Haftmittel-Verbots im Bereich Handballer, damit kann bis zu 10 Stunden Reinigungsaufwand pro Woche eingespart werden, generell werden die Toiletten und Garderoben weniger gereinigt, der Rasen auf dem Fussballplatz weniger häufig gemäht. Sie beantragt, wenigstens der 150 Stellenprozenten zuzustimmen.

Rolf Denzler meint, dass es im Zusammenhang mit dem 3-Bäder-Konzept nicht nur um die Streichung des Sandstrandes geht sondern ein Gesamtkonzept über alles, also auch die Ruderer, Segler, den Kiosk, die Surferwiese, usw.

Balthasar Thalmamnn wirft ein, dass er die Vorlage grundsätzlich nicht verstanden hatte und dass von seiner Seite schon mehrmals ein Vorschlag zur Seeufergestaltung gemacht wurde.

Cla Famos freut sich, dass die SP auch mal sparen möchte. Man soll sich nicht täuschen betreffend Personalrochade: diese wird erst günstiger sein, weil ein junger Mitarbeiter eingestellt wird in einer tieferen Lohnklasse, dies führt dann später wieder zu einer Kostensteigerung. Die Zusatzkosten der Pensionierung von Herrn Crestani über Fr. 80'000 sind eklatant und weisen auf ein Führungsproblem hin. Die FDP nimmt daher beide Kürzungsanträge an.

Esther Rickenbacher stimmt zu, dass es klar um eine Führungsaufgabe geht, aber die Geschäftsleitung kann nicht alles selber machen und dabei Überstunden anhäufen. Es fehlt einfach die Kapazität und die Überstunden müssen abgebaut werden. Es ist die beste Lösung von 100 auf 150 Stellenprozente aufzustocken und man ist dabei noch kostenneutral.

Stefan Feldmann repliziert an die Adresse von Cla Famos. Die SP hat nie abgestritten, Hand zu bieten, um zu sparen. Zur Investitionsplanung führt er aus, dass heute abend nicht der Kredit für das Bäderkonzept gesprochen werden muss, egal ob er in die Investitionsplanung eingestellt ist oder nicht. Man sollte heute nicht vorgreifen und lieber dannzumal aufgrund Fakten und Zahlen entscheiden.

Keine weiteren Wortmeldungen mehr erwünscht.

Abstimmung über die Anträge

Der Gemeinderat beschliesst mit

33 : 1 Stimmen

die Streichung der 50%-Stelle Sportwart (Unterhalt Kunstrasen) und einhergehenden Kostenreduktion von Fr. 46'000 zu genehmigen.

zu genehmigen.

Abstimmung Antrag FDP

Der Gemeinderat beschliesst mit

19 : 15 Stimmen

Die Streichung der 50% Stelle „Sachbearbeitung/Sekretariat“ und die Kürzung des Globalkredites um Fr. 40'000.- sowie die Streichung der 50% Stelle „Sportwartes“ und die entsprechende Kürzung des Globalkredites um den Betrag von Fr. 46'000.-, also insgesamt Fr. 86'000.- anzunehmen.

Der Gemeinderat beschliesst mit

22 : 13 Stimmen

der Streichung (gänzlich) der Investitionsplanungen Strandbad – Aufwertung Seeufer (139): ./ Fr. 400'000 zuzustimmen.

4.16 GF Sozialhilfe

Für die Kommission Soziales und Gesundheit referiert **Walter Strucken**.

Bericht Geschäftsfeld Sozialhilfe Leistungsauftrag und Globalbudget 2010

Die Subkommission Sozialhilfe hat am 2.11.2009 mit Stadträtin und Präsidentin der Sozialbehörde Frau Barbara Thalmann und dem Abteilungsleiter Soziales und Sekretär der Sozialbehörde, Herr Armin Manser das Geschäftsfeld Sozialhilfe besprochen. Alle unsere Fragen wurden uns kompetent und ausführlich beantwortet.

GF Sozialhilfe (Seite P 1)

Die Fallzahlen bei der Sozialhilfe sind dieses Jahr (auch im Oktober) noch rückläufig. Eine heutige Hochrechnung würde voraussichtlich nochmals tiefer ausfallen. Der Fallanstieg wird aber mit Sicherheit kommen und dann auf höherem Niveau einige Zeit verharren.

Aufgrund der Revision des Sozialhilfegesetzes, das schätzungsweise frühestens auf 1. Juli 2010 in Kraft gesetzt wird, haben Asylsuchende mit Aufenthaltsstatus F auf Unterstützung im Rahmen der SKOS-Richtlinien. Das heisst auch, dass bei Asylsuchenden, welcher länger als 10 Jahre hier sind, die Sozialhilfekosten von deren Wohn-Aufenthaltsgemeinde getragen werden müssen. In Uster werden das höchstens ca. 10 Personen sein. Die finanziellen Auswirkungen wurden in diesem Budget wegen des noch unklaren Zeitpunktes der Inkraftsetzung noch nicht berücksichtigt.

GF Sozialhilfe – Indikatoren (Seite P2)

Indikator I 02 Beitrag an Betrieb Jugendsekretariat

Der Kostenanteil, den die Stadt Uster für die Jugendhilfe zu tragen hat, steigt seit 2008 markant. Wurden 2008 noch Fr. 921'000.– bezahlt, werden es voraussichtlich 2010 Fr. 1'151'000.– sein. Es geht hier um eine Auswirkung des eidgenössischen Finanzausgleichs (NFA) und zwar konkret um die sonderpädagogischen Massnahmen für Kinder vor und nach der Schulpflicht. Diese Kosten wurden bis 2007 von der Invalidenversicherung getragen.

Indikator 07 Arbeitsintegrationsprogramme

Uns interessierte die Haltung von Uster zu den Untersuchungsergebnissen der nationalen Studie, wonach Arbeitslosenprogramme nicht helfen, Personen aus der Sozialhilfe wegzuführen. Die Erfahrungen in Uster sprechen eine ganz andere Sprache. Zum einen muss man festhalten, dass die Schlussfolgerungen aus der Studie, wie sie publiziert wurden, höchst fragwürdig sind. So sagt die Studie, dass immerhin ein Viertel der Befragten, welche in einem Arbeitslosenprogramm waren, eine Stelle gefunden haben. In Uster könne man von einer Quote von ca. 40% sprechen, auch schon sei es über diese bei fast 50% gewesen. Es ist klar, dass in wirtschaftlich schwierigen Zeiten die Quote nicht mehr erreicht werden kann. Trotzdem sind die Programme wichtig und nötig. Der Bezug von Sozialhilfe in Uster ist immer verbunden mit einer klar definierten Gegenleistung, welche zum Ziel hat, die wirtschaftliche Selbständigkeit wieder zu erlangen. Es wäre fatal, wenn hier keine entsprechenden Möglichkeiten angeboten würden. Die Weiterführung unserer Arbeitslosenprogramme ist klar nötig und ausgewiesen.

LG Sozialberatung (Seiten P 3 - 4)

Uns interessierte ob durch den Beizug der differenzierteren Befunde des Vertrauensarztes Einsparungen erzielt werden können. Eine direkte Einsparung kann nicht festgestellt werden. Hingegen führen indirekt die besseren Grundlagen für die Massnahmenplanung durchaus zu Einsparungen. Einen Betrag zu nennen sei schwierig. Am einfachsten sei es noch dort, wo dank diesen Bemühungen schliesslich eine Anmeldung bei der IV zum Erfolg und damit zur Ablösung von der Sozialhilfe führt.

LG Asyl- und Flüchtlingswesen (Seiten P 6-8)

Personal

Uns interessierte die Begründung weshalb beim Personal mit einem Anstieg um 1.05 Stellen gerechnet wird. Mehr personelle Ressourcen werden für die Integrationsangebote benötigt. Erreicht werden sollen mit dem Ausbau mehr Anstellungen von Asylsuchenden und Flüchtlingen im ersten Arbeitsmarkt. Der Stellenausbau erfolgt in Absprache mit dem Kanton. Die Kosten für diesen Ausbau werden vom Kanton vollumfänglich gedeckt, für Uster haben die zusätzlichen Stellen keine Kostenfolge.

LG Vormundschaftswesen (Seiten P 9-10)

Die Zusammenarbeit mit Pro Senectute im Bereich der PRIMAS (Private Mandatsträger) geht sehr gut. Pro Senectute wird jetzt neu einen eigenen Amtsvormund einsetzen und kann damit auch die für die PRIMAS zu schwierigen Fälle übernehmen. Zurzeit führen 21 PRIMAS 23 vormundschaftliche Massnahmen von über 60-jährigen. Die Rückmeldungen sind positiv. Mandatsabbrüche hat es bisher keine gegeben.

Wir erkundigen uns nach dem Projekt Signal und erfuhren, dass bis Ende Schuljahr 2008/2009 sieben (Vorjahr elf) Schüler/innen der Vormundschaftsbehörde gemeldet wurden. Der Rückgang hat damit zu tun, dass sich der Einsatz der Schulsozialarbeit bemerkbar macht. Im Übrigen bewährt sich diese Interventionsmöglichkeit sehr. Die Betroffenen werden so (am Anfang oft hie und da gegen ihren Willen) den entsprechenden Programmen der Beratung beim BIZ zugeführt. Diese Stelle vermittelt den Jugendlichen die geeigneten beruflichen Integrationsmassnahmen und begleitet diese während der Ausbildungszeit.

Globalkredit

*Das Geschäftsfeld Sozialhilfe rechnet mit einem **Gesamtaufwand von 8'586'000.-** (Vorjahrbudget 8'014'000.-).*

Die Hochrechnung 09 kommt auf einen Gesamtaufwand von Fr. 7'652'000.--.

In der KSG wurde dem Geschäftsfeld einstimmig zugestimmt. Aus der RPK gibt es keine Ergänzungen

30. November 2009

Barbara Thalmann wünscht auf Anfrage der Vorsitzenden nicht das Wort.

Keine weiteren Wortmeldungen mehr erwünscht.

4.17 GF Primarschule

Für die Kommission Bildung und Kultur referiert **Marianne Siegrist**.

GF Primarschule Q 1 – 22

Sehr geehrte Frau Präsidentin, geschätzte Anwesende

Das Vorgespräch mit der Primarschule hat am 2. Nov.2009 stattgefunden. Regula Trüeb, Stefan Kern, Walter Meier und ich führten das Gespräch mit Stadträtin Frau Sabine Wettstein, Herr Göppel (Leiter Schulsekretariat), Herr Stüssi vom Schulsekretariat und Frau Unholz, Primarschulpflege. Von unserer Seite wurden vorgängig auf ca. 5 A4 Seiten schriftlich Fragen eingereicht. Diese wurden kompetent und ausführlich beantwortet. Vielen Dank im Namen der KBK allen beteiligten Personen.

Allgemeine Bemerkungen zum Geschäftsfeld

- *Die Mehrkosten des GF Primarschule gegenüber dem Budget 2009 belaufen sich auf rund 2.2 Mio. Franken. Diese Zahl beinhaltet die Verwaltungskosten von 996'000, die neu ins GF Koordination Bildung übertragen wurden.*
- *Die grundsätzliche Kostenzunahme im GF Primarschule ist einerseits auf die Vorgaben des Volksschulgesetzes im Bereich Sonderpädagogische Angebote zurückzuführen. Die Umsetzung der Integrativen Förderung benötigt mehr Lehrpersonen, weil zukünftig mehr Lektionen für den Unterricht DAZ (Deutsch als Zweitsprache) vorgeschrieben sind. Andererseits muss Uster infolge des neuen Finanzkraftindex, (Uster plus 4.6 %) einen höheren Anteil der Besoldungskosten übernehmen. **Die Mehrkosten bei den Besoldungen belaufen sich somit total auf Fr. 1'340'000.***
- *Die Ausweitung der Tagesstrukturen infolge einer hohen Nachfrage führt ebenso zu einer Kostensteigerung.*
- *Wie steht es mit dem Projekt Schulsozialarbeit? Dieses wird im Projektausschuss bearbeitet, mit dem Ziel, dass ein Antrag an den GR vor ende Legislatur erfolgt.*
- **Investitionsplanung Q 4**
- *Begründung der Summe von Fr.490'000 Aussengestaltung Niederuster: Die Aussenanlage ist in einem schlechten Zustand, nicht kindergerecht und entspricht nicht den Vorgaben des Kantons. (Kredit Antrag folgt)*
- *Begründung Sanierung Kiga Ackerstrasse 600'000: Das ganze Gebäude, inkl. Fassadenhülle muss saniert werden. (Kredit Antrag folgt)*
- *Begründung Ersatzbau Kiga Sonnhalde von 800'000: Sehr schlechter baulicher Zustand. Es wird geprüft, ob dieser Kiga ev. ins leer stehende Schulhaus Nossikon transferiert werden kann.*
- *Die Neu-Projektierung des Schulhauses Krämeracker wird vorangetrieben. Die genaue Vorgehensweise ist noch nicht bestimmt. Die definitive Schlussabrechnung für das gescheiterte Projekt ist noch für 2009 vorgesehen.*

LG Regelunterricht Q5

- *Finanzen und Personal: Die Kostenzunahme der LG Regelunterricht von ca. 1.5 Mio. ist vor allem auf die tiefere Beteiligung des Kantons von 4.6 % an die Lohnkosten zurückzuführen. Fr. 200'000 sind Aufgabenstunden und Blockzeiten-Lektionen, die bisher in der LG „Unterstützende Angebote“ aufgeführt wurden.*
- *Die Kosten pro Schüler steigen zwischen 2008 und Budget 2010 um rund 1300 Franken (PS), trotz weniger Klassen. Diese Kosten beinhalten auch die Zusatzangebote.*

Begründungen der Kostensteigerung:

*Höherer Lohnanteil der Gemeinden von 4.6 %
Ausweitung Schwimmunterricht (Gemeinderatsbeschluss)
Mehraufwand beim musikalischen Grundunterricht (Gemeinderatsbeschluss)
Ab 2009 sind neu die Kosten der Schulgesundheit von rund 300'000 eingeschlossen.
Ausweitung der Verkehrserziehung, zusätzlich findet diese auch im Kindergarten statt.*

LG Zusatzangebote Q8

- *Die Zunahme der Nettokosten wird begründet mit der Ausweitung Schwimmunterricht, Ausweitung Verkehrserziehung, Bibliothek, Einbezug Schulgesundheit (296'000). Die Kosten der unterrichtsbezogenen Zusatzangebote (Freifächer, Winterlager, Projektwochen, Klassenlager) haben sich konsolidiert.*

LG Tagesstrukturen Q 10 - 12

- *Der Auslastungsgrad kann noch gesteigert werden durch Zusammenlegen von Hortangeboten verschiedener Schuleinheiten.*
- *Die Qualität der Tagesstrukturen wird durch monatliche Hortleiterinnen-Sitzungen und im November 2009 mit einer Elternumfrage überprüft. Die bisherigen Rückmeldungen der Eltern waren sehr gut.*
- *Das Führen von Tagesstrukturen an der HPSU ist ebenfalls eine Auflage des Kantons.*

LG Sonderpädagogische Angebote Q 13 - 16

- *Der Ablauf und die Zuständigkeiten von sonderpädagogischen Massnahmen, sind definiert und in drei Schritte aufgegliedert worden.*
- *K 10: Die massive Steigerung der Anzahl Lektionen für Integrative Förderung wird mit Vorgaben des Kantons begründet (Verordnung über die sonderpädagogischen Massnahmen)*
- *K 12: Der Rückgang der Kinder mit Therapien ist darauf zurückzuführen, dass die Legasthenie- und Dyskalkulietherapie wegfällt.*
- *K 16: Die Anzahl Lektionen Deutsch als Zweitsprache (Aufnahmeunterricht) hat sich mehr als verdoppelt. (SJ 2008/09 total 3.8 VZE, Budget 2010 11.7 VZE). Auch diese Vorgabe kommt vom Kanton, festgehalten in der Verordnung über die sonderpädagogischen Massnahmen.*
- *K 20: Bei der Begabtenförderung ist eine gewisse Ineffizienz feststellbar. Es werden Lösungen gesucht.*
- *I 10: Die Quote der Mittelstufenkinder mit Logopädietherapie ist stark unter dem kantonalen Mittel. Daraus wird der Schluss gezogen, dass sich die logopädische Früherfassung und Therapie schon im Kindergarten bewährt.*

LG Heilpädagogische Schule Q 17 - 19

- *400 zusätzliche Stellenprozente sind für die Integrative Förderung notwendig.*
- *K 08 steigt an, weil mehr Kinder integrativ geschult werden müssen.*

LG Schulliegenschaften Q 20 - 22

- *Die Unterhaltskosten in Prozenten des Gebäudeversicherungswertes steigen von 0.5 auf 0.9% weil diverse grössere Sanierungen anstehen. Dieser Quotient bewegt sich aber immer noch unter dem Richtwert von 2% (1% für Sanierung und 1% für Investitionen).*
- *Das Reinigungspersonal des Schulpsychologischen Dienstes wird neu von der Stadt angestellt (bisher externe Vergabe)*
- *Schulhaus Nossikon wird an die Abteilung Liegenschaften übergeben. (Abklärungen sind noch im Gange).*
- *Die Liegenschaft Seestrasse 107 (altes Schulhaus Niederuster) ist im Finanzvermögen und wird deshalb im GF Liegenschaften aufgeführt.*

Folgender Antrag wurde gestellt und mit 5:4 Stimmen angenommen:

Der Globalkredit des GF Primarschule soll generell um Fr. 200'000 auf CHF 30'322'000 gekürzt werden.

In der Schlussabstimmung wurde der Globalkredit des Geschäftsfelds Primarschule mit oben genannter Kürzung mit 5:4 Stimmen angenommen.

*Marianne Siegrist, Kommission Bildung und Kultur
2.12.2009*

Für die Rechnungsprüfungskommission referiert **Walter Meier**.

Die RPK hat den Kürzungsantrag aus der KBK kurz diskutiert.

Die RPK schlägt mit einem Stimmenverhältnis von 5 : 4 dem Gemeinderat vor, den Globalkredit des GF Primarschule um Fr. 200'000 zu kürzen.

Sabine Wettstein ist sich bewusst, dass sie mit ihrem Votum nur eine kleine Chance hat, dass dem Kürzungsantrag nicht stattgegeben wird, aber sie versucht es trotzdem. Natürlich hat die Schule einen hohen Kostenanteil, diese sind aber meistens vom Kanton vorgegeben und nicht beeinflussbar. Intern hat man zwei Kürzungsrunden durchgeführt und eine halbe Million Franken streichen können. Sollten jetzt weitere Fr. 200'000 gekürzt werden, werden Klassenlager, Exkursionen usw. tangiert sein und man wird weiterer Leistungen hinterfragen. Sie führt aus, dass das Fach biblische Geschichte abgeschafft werden kann weil es sukzessive durch das Fach Religion und Kultur ersetzt werden kann. Die Pädagogische Hochschule wird ein Spezialangebot für Uster machen, dass vor Ort die Umschulung des Lehrpersonals geschehen kann. Das könnte in der zweiten Hälfte 2010 geschehen (das Schuljahr muss stets berücksichtigt werden). Ein weiterer Punkt sind die Vikariate: 2 % der Lohnsumme sind als Erfahrungswert eingesetzt, stellen aber eine Planungsungenauigkeit dar. Die PSU möchte nicht an der Schulungsqualität streichen. Man versuche an Freifachkurse usw. zu kürzen. Schade, denn diese sind bei den Kindern beliebt. Damit kann Fr. 35'000 im 2010 und Fr. 93'000 im 2011 eingespart werden. Der Bibliothekskredit kann gestrichen werden oder verschoben werden, er steht aber im Zusammenhang mit einem kantonalen Pilotprojekt zur Sprachförderung. Ein weiterer Punkt ist der Schwimmunterricht, den man bei der 3. Klasse wieder streichen wird. Der Indikator ist dann nicht mehr sichergestellt. Das macht nochmals Fr. 25'000 im 2010 und Fr. 65'000 im 2011 aus.

Rolf Denzler meint, es sind nicht alle Kürzungsmöglichkeiten ausgeschöpft und man soll nicht auf die Tränendrüse drücken. Nur schon bezüglich Deutsch für Fremdsprachige gibt es in Uster ein grosses Angebot, so dass die Schule dafür nicht aufkommen muss. Die Minimalvorgaben des Kantons sind bei weitem überschritten.

Marianne siegrist

Sehr geehrte Frau Präsidentin, geschätzte Anwesende

Die FDP/CVP Fraktion unterstützt den Antrag der Sachkommission, den Globalkredit des Geschäftsfelds Primarschule um Fr. 200'000 auf Fr. 30'322'000 zu kürzen.

Begründung:

Die FDP/CVP Fraktion kann sich grundsätzlich zur Kostensteigerung des Budgets der Stadt Uster von 10% in nur zwei Jahren nicht einverstanden erklären.

*Wir sind der Meinung, möglichst alle Geschäftsfelder sollen dazu beitragen, dieser **Kostensteigerung Einhalt zu gebieten**. Eben auch die Primarschule.*

*Wir möchten bewusst keine bestimmten Leistungen streichen, sondern es der Primarschule überlassen, Möglichkeiten von Kürzungen und Einsparungen auszumachen. Mit den Sparvorschlägen der Primarschule, die eindeutig **Streichungen von Leistungen** beinhalten, ist die FDP/CVP Fraktion nicht einverstanden. Mit den Einsparungen sollen vertretbare Anpassungen an der Qualität oder der Menge getätigt werden. Es sollen aber nicht Leistungen vollständig gestrichen, sondern höchstens ausgedünnt werden. Wir fänden es ausserordentlich schade, wenn der Schwimmunterricht gekürzt würde. Der Indikator I 04 Seite Q9 darf nicht wegfallen!*

Wir sind überzeugt, dass diese globale Kürzung im Umfang von 0,7% des Globalkredits umsetzbar ist.

*Marianne Siegrist
2. Dezember 2009*

Simone Michel ist der Ansicht, dass die Grundlage einer erfolgreichen Integration von Ausländern das Erlernen der hiesigen Sprache ist. Hierbei zu sparen ist völlig falsch. Die Grünen lehnen den Kürzungsantrag ab.

Regula Trüeb

Zum Antrag „Kürzung Golbalkredit um Fr. 200'000“

Gleich vorweg: Die SP-Fraktion wird den Kürzungsantrag von Fr. 200'000 beim GF Primarschule ablehnen. Rund 90% der Primarschulsausgaben sind kantonal vorgegeben und von den Gemeinden nicht beeinflussbar. Zudem sind die meisten von der PSU vorgeschlagenen Kürzungsvorschläge erst ab August 2010 umsetzbar, stellen ab dann aber einen umso schmerzlicheren Leistungsabbau auf Kosten der Ustermer Kinder dar.

Erlauben Sie mir, die negativen Auswirkungen des Kürzungsantrages in den einzelnen Leistungsgruppen kurz aufzuzeigen:

Leistungsgruppe Regelunterricht: Die vorgeschlagenen Kürzungen von Fr. 90'000.- sind eine Augenwischerei:

Die Kürzung von Fr. 70'000.-, die bei der Ablösung des Faches Biblische Geschichte durch das Fach „Religion und Kultur“ eingespart werden, sind eine reine Budgetkorrektur. Denn zur Zeit der Budgetierung war die Einführung des neuen Religionsunterrichts auf der Unterstufe noch unsicher. Ich möchte Sie, meine Damen und Herren, übrigens daran erinnern: Das neue Fach „Religion und Kultur“ wurde vom bürgerlich dominierten Kantonsrat beschlossen und muss ab 2011/12 obligatorisch für alle Kinder der Zürcher Volksschule eingeführt werden. Die Kosten für dieses Fach werden also ein Jahr später in Uster ohnehin voll anfallen. Das Beispiel des Faches „Religion und Kultur“ zeigt wieder schön die Inkonsequenz der bürgerlichen Parteien: Sie wollen eine Leistung, sind aber nicht bereit, das nötige Geld zur Verfügung zu stellen.

Auch im Bereich der Vikariate kann nicht wirklich gespart werden, da Krankheiten und andere Ausfälle von Lehrpersonen nicht planbar sind. Und ein wichtiger Grundsatz der PSU lautet: „Unterricht findet statt“. D.h. auch bei kurzfristigem Unterrichtsausfall MUSS ein Vikariat errichtet werden. Mit Budgetüberschreitungen wird also zu rechnen sein.

Die restlichen Fr. 110'000.-, welche die Primarschulpflege in der Leistungsgruppe Zusatzangebote vorschlägt, führen jedoch zu einem direkt spürbaren Leistungsabbau auf Kosten unserer Kinder. In der Primarschule Uster werden ab Sommer 2010 keine Freifächer mehr angeboten. Die entsprechenden Leistungsziele kann man dann faktisch streichen. Für viele Kinder fällt damit eine sinnvolle Freizeitbeschäftigung weg. Vor allem der Blockflötenunterricht ist bei den Kindern sehr

begehrt und ermöglicht ihnen einen für alle finanziell verkraftbaren Instrumentalunterricht und einen Zugang zur Musik. Auf die Bedeutung, die Musik für die Entwicklung der Kinder hat, haben Frau Egerszegi und ich ja schon beim Kürzungsantrag der Musikschule hingewiesen.

Auch bei den Schulbibliotheken und dem Schreib- und Lesezentrum Oberuster wird gespart. Nach den schlechten Leseergebnissen der Schweizer Kinder in der 1. PISA-Studie, ist es geradzynisch, bei Schulbibliotheken zu sparen und den Kindern den Zugang zum Lesen zu erschweren. Und als Deutschlehrerin kann ich Ihnen versichern, dass der Boden für die Sprachkompetenz in den frühen Schuljahren gelegt wird und sich Einsparungen dort nicht auszahlen.

Zuletzt bewirken Sie mit Ihrem Streichungsantrag, Kolleginnen und Kollegen auf der rechten Ratsseite, dass der Schwimmunterricht in der 3. Klasse wieder gestoppt wird. Sie wollen, dass die Ustermer Kinder nur ein Jahr obligatorischen Schwimmunterricht haben. Ich darf Sie erinnern, dass der GR im Februar 2008 der Erweiterung des bis anhin rudimentären Schwimmunterrichts und dessen Finanzierung zugestimmt hat. Was soll also dieser plötzliche Meinungsänderung innerhalb von 2 Jahren? Wollen Sie die Sicherheit der Ustermer Kinder im Wasser für eine Steuerfussenkung aufs Spiel setzen?

Zusammenfassend: Der Streichungsantrag bewirkt also die Abschaffung des gesamten Freifachangebots der Primarschule Uster, inklusiv Blockflötenunterricht, die Schwächung der Schulbibliotheken und die Streichung des Schwimmunterrichts in der 3. Klasse. Wenn Sie dem Kürzungsantrag von Fr. 200'000.- heute zustimmen, können Sie später nicht sagen, dass Sie die negativen Auswirkungen Ihrer Sparpolitik nicht kennen. Sie haben dann also die Verantwortung dafür zu tragen.

Ausgewiesene Studien beweisen zudem, dass in der Schweiz die Kosten für die Bildung stagnieren: Die Bildungsausgaben haben in den letzten 15 Jahren nur um knapp 1% zugenommen, die Ausgaben in der Sozialpolitik jedoch um 10%. Der Zusammenhang ist nicht nur für Fachleute offensichtlich: Ungenügende Bildung ist das Armutsrisiko Nr. 1. Darum ist für unser rohstoffarmes Land klar: Sozialpolitik im 21. Jahrhundert ist Bildungspolitik!

Aus diesen Gründen bitte ich Sie im Namen der SP-Fraktion, wie bei der Sekundarstufe von Kürzungen bei der Bildung abzusehen und den Kürzungsantrag abzulehnen.

Nänikon, 7. Dezember 2009

Regula Trüeb

Stefan Feldmann führt aus, dass es hier um ein sehr wichtiges Geschäftsfeld mit einem einschneidenden Leistungsaufbau geht. Deshalb beantragt er auch hier die Abstimmung über den Kürzungsantrag unter Namensaufruf.

Abstimmung Antrag Namensaufruf:

Der Gemeinderat beschliesst mit

13 Stimmen

dem Antrag zuzustimmen.

Es erfolgt der Namensaufruf durch die Parlamentssekretärin.

Name	Vorname	Vorlage annehmen	Vorlage ablehnen
Amherd	Julia		x
Bättig	Petra	x	
Bickel	Matthias	x	
Bischof	Pascal	x	
Burger	Maja		x
Deiningen	Tobias	x	
Denzler	Rolf	x	
Egli	Werner	✖	
Famos	Cla Reto	x	
Feldmann	Stefan		x
Gasser	Martin	x	
Graf-Ganz	Rolf		x
Grob-Overdulve	Lennie		x
Grob	Peter		x
Gysi	Ruedi	x	
Hunziker	Daniel		x
Kern	Stefan	x	
Kessler	Werner		x
Kunz	Andres	x	
Locher	Rudolf	x	
Meier	Walter		x
Michel	Simone		x
Roos	Beat	x	
Rossier	Jean-François	x	
Schelldorfer	Hilda	x	
Scherrer Moser	Benno		x
Seiler	Gabriela	x	
Siegrist	Marianne	x	
Simmen	Jean Claude	x	
Strucken	Walter		x
Thalmann	Balthasar		x
Trüeb Murbach	Regula		x
Weder	Marius		x
Wüthrich	Peter		x
Wüthrich	Thomas	abwesend	
Wyssen	Claudia	Präsidentin	

Keine weiteren Wortmeldungen mehr erwünscht.

Abstimmung Kürzungsantrag:

Der Gemeinderat beschliesst mit

18 : 16 Stimmen

dem Kürzungsantrag des Globalkredits um Fr. 200'000 auf Fr. 30'322'000 zuzustimmen.

Die Vorsitzende verliest aufgrund des Inputs von Abteilungsleiter Markus Josi das Nachfolgende:

Aufgrund der Beratungen des Gemeinderates haben sich verschiedene Veränderungen ergeben.

Zuerst zu den Investitionen:

- der Stadtrat hat im **Verwaltungsvermögen** gegenüber dem Gemeinderat Nettoinvestitionen von total 22'355'000 Franken beantragt,
 - der Gemeinderat hat Kürzungen von insgesamt 1'790'000 Franken beschlossen.
 - Somit betragen neu die Nettoinvestitionen 20'565'000 Franken.
 - Aufgrund der geänderten Investitionen vermindern sich die **budgetierten Abschreibungen** in der laufenden Rechnung um 203'000 Franken.
-
- der Stadtrat hat im **Finanzvermögen** gegenüber dem Gemeinderat Nettoinvestitionen von total 700'000 Franken beantragt,
 - der Gemeinderat hat hier keine Veränderungen beschlossen.

Nun zu den Globalkrediten:

- der Stadtrat hat im gegenüber dem Gemeinderat Globalkredite von total 95'262'750 Franken beantragt,
- der Gemeinderat hat Kürzungen von insgesamt 1'924'000 Franken beschlossen.
- Somit beträgt die Summe sämtlicher Globalkredite neu total 93'338'750 Franken.

Aufgrund der Reduktion der Globalkredite um total 1'924'000 Franken sowie aufgrund der tieferen Abschreibungslast von 203'000 Franken sieht der Voranschlag 2010 bei einer Steuerfuss von 95 % einen Aufwandüberschuss von 2'981'750 Franken vor.

5 Festsetzung des Steuerfusses

Es steht ein Antrag auf Reduktion des Steuerfusses auf 93 % seitens der Rechnungsprüfungskommission im Raum.

Heinz Wolfensberger

Bi dere nun beatreite Stürfuesssänig um 2 % und dademit enere Reduktion vom Stürsubstrat um öpe 1,4 Millione Franke, erlaubed sie mir e finanzpolitisch Beurtellig.

Unbestritte isch sicher, dass di aktuell mittelfrischtigi Finanzplanig sehr schlächt usgseht und mir mit zum Teil sehr erhebliche Ufandüberschüss i de laufende Rächnig i de nächschte Jahr müend rächne (zur Erinnerung: 2011: -15,1 Millione; 2012: - 18,9 Millione und 2013: - 20,5 Millione). E Stürfuesssreduktion würd also die Planzahle no witer verschlächtere.

Wie bereits i mim Iträtensreferat usgfuehrt, hät d'Stadt Uschter e sehr e höchs Investitionsvolume vo 130 Millione Franke z'bewältige. Mit em vorligende Voraschlag 2010 chönd di planete Investitione nur zu rund 40 % us sälber erarbeitete Mittel finanziert werde. I de Planjahr sinkt de Sälbschtfinanzierungsgrad no tüfer (ich erinnere: 2011: no rund 1 %; 2012: sinkt er uf minus 13 % und 2013: minus 27 %) und sofern kei Massnahme troffe werded, würd d'Finanzierig vo dene planete Investitione mehrheitlich zulaschte vo de bestehende Substanz und ab em 2011 zunere dütliche Neuverschuldig führe. Die Verschuldig würd zulaschte vo de zuekünftige Generation zuenäh.

Hand ufs Herz! D'Bevölkerig bemerkt e Stürfuesssänig vo 2 % chum. Im Durchschnitt profitiert en Stürzahlende vo 35 Franke pro Stürprozänt. Es isch em Stadtrat bewusst, dass de Stürfuess en wichtige, aber nöd de wichtigscht Faktor, im Standortwettbewerb isch. E Reduktion vom Stürfuess um 2 % wird vo de Bevölkerig chum wahrgno und dademit gwünnt d'Stadt Uschter au nöd erheblich a Attraktivität. (Zudem würd sowieso di gwunneni Attraktivität dur e allfällig Stürfuesssänig grad wieder verlore gah, dur d'Chürzig bim Hochbouamt, die jetzt d'Frischte für d'Bearbeitig vo Bougsuech nümehalte chan. No bi jedem Kontakt mit de örtliche Wirtschaft isch immer wieder betont worde, dass churzi Bewilligungswäg und -frischte für d'Attraktivität vom Standort unwahrscheinlich wichtig segid!)

Ich prognostiziere Ihne e Stürfuesserhöchig i de kommende Jahr. Einersits ufgrund vo de Finanzplanzahle, andersits au ufgrund vo nere allfällige Erhöchig vom kantonale Mittel. Zudem züged stetig änderndi Stürfuess nöd vo nere Konschtanz i de Finanzpolitik. Schön dadra isch einzig, dass ich die Stürfuesserhöchige i de kommende Jahr nümehalte verträte muess. Min Nachfolger oder mini Nachfolgerin wird sich aber drüber wahnsinnig freue!

Di aktuell Wirtschaftslag begünstiget e Stürfuessreduktion ebefalls nöd. Einersits erwartet mir tüferi Stürinahme, vor allem au bi de Stüre Vorjahr, und andersits werded d'Sozialusgabe höher werde. Zudem sind, wie im Bricht vom Stadtrat erläuteret, verschideni gsetzliche Veränderige z'erwarte, die sich negativ uf de Finanzhushalt vo de Stadt tüend uswürke. Ich danke da a d'Stürgsetzrevision, Pflägefianzierig und de innerkantonal Finanzusgliche.

Us all dene Gründ empfihlt ihne de Stadtrat uf die absolut nöd nachhaltig Stürfuesssreduktion z'verzichte!

Rolf Denzler

Der Steuerfuss hat psychologische Breitenwirkung. Für die Ustermer und das Gewerbe ist es nicht unbedeutend, wie viel sie an Steuern zahlen müssen.

Das habe ich bereits letztes Jahr schon gesagt. Es ist nämlich wirklich so, auch wenn die Linke das nie wahrhaben will.

Bleiben wir noch etwas in der Vergangenheit:

Im Stadtratsbericht 2004 hat unser Finanzvorstand folgendes angeführt. Ich zitiere:

„Der Steuerfuss muss unter Berücksichtigung aller politisch relevanten Eckdaten nach wie vor für unsere Bevölkerung, die Industrie und das Gewerbe attraktiv bleiben.“

Hinter dieser Aussage stehe ich und die SVP/EDU-Fraktion. Jetzt müssen wir auch so handeln.

Eine Steuerattraktivität mit einem akzeptierbaren, moderaten Steuerfuss ist für Uster und ihren finanzkräftigen Segmenten wichtig, um uns nachhaltig finanzieren zu können. Dies steht in keiner Weise im Widerspruch zur Solidarität. Eine Verschlechterung heisst, dass der Mittelstand, d.h. Sie, die Zeche bezahlen.

Hohe Steuern behindern den Konsum und hemmen die Investitionen bei den Privaten und Unternehmungen.

Das Kantonsmittel der Steuerfüsse hat der Regierungsrat per 2010 reduziert auf neu 112 %. Wir wollen im Bereich des kantonalen Mittels liegen. Eine Reduktion des Steuerfusses um 2 % ist daher angezeigt.

Mit einer Steuerfussreduktion zeigen wir der Bevölkerung von Uster und dem Gewerbe ein Signal – wir setzen ein Zeichen. Wir wollen dem Bürger etwas zurückgeben, damit er dies in den Konsum, bei den Geschäften in Uster investieren kann.

Bezüglich zurückgeben habe ich noch einen Tipp an den Stadtrat: Der Stadtrat könnte für die zuviel bezahlten Steuern jedem Einwohner einen Einkaufsgutschein von CHF 50 abgeben, wofür diese in sämtlichen Geschäften von Uster für diesen Betrag einkaufen könnten. Dies wäre nicht nur ein Zurückgeben von zuviel Einkassiertem sondern auch kommunale Wirtschaftsförderung.

Mit einer Steuerfussreduktion unterstützen wir die Attraktivität von Uster als Wohn- und Wirtschaftsstandort. Wir wehren uns gegen eine hohe Fiskalbelastung, welche die Vorteile Usters berauben.

Uster muss in Konkurrenz zu den umliegenden Gemeinden attraktiv bleiben. Viele Gemeinde um uns herum und im Kanton senken die Steuern.

In diesem Sinne unterstützt die SVP/EDU-Fraktion die Steuerfussreduktion um 2 % auf 93 % des einfachen Staatssteuerertrages.

30.11.2009

SVP/EDU-Fraktion

Rolf Denzler, Fraktionspräsident

Benno Scherrer

Schlussrunde

Wir Grünliberale haben verschiedene Kürzungsanträge unterstützt – das heisst, wir sind der Aufwandsteigerung entgegengetreten und haben so die Budgetverbesserungen z.T. mitgetragen.

Wir haben bei jedem Geschäftsfeld nach bestem Wissen und Gewissen entschieden, ohne Gimmicks und ohne Störmanöver (... Abstimmung unter Namensaufruf, wenn doch jeder auf einen Blick sieht, wer wie abstimmt)

Kürzen ist nicht einfach, wenn man die Themen vertieft anschaut. So konnten wir die Budgetkürzungen nicht in jedem Fall mittragen – auch wenn unser Entscheid mit Blick auf die Beschlüsse irrelevant war. Ausgeben scheint einfacher, aber wir können und sollen uns nicht jede Ausgabe, nicht jede Aufgabe leisten – und schon gar nicht zu jedem Preis.

Nun haben wir also ein leicht verbessertes Budget vorliegen – und vor allem haben wir Zeichen gesetzt, dass dieses Parlament nicht bereit ist, Aufwandsteigerungen einfach so hinzunehmen. Das ist ein wichtiges Signal.

Jetzt wird voreilig eine Senkung des Steuerfusses verlangt – und auch diese wird eine Mehrheit finden. Dieser können wir aber vor allem im Hinblick auf die drohende Verschuldung, weitere Investitionsvorhaben und Defizite in zweistelliger Millionenhöhe nicht zustimmen. Was bringt es, jetzt den Steuerfuss zu senken (nur damit man ein mal in der Zeitung erscheint...)

Ein attraktiver Steuerfuss ist in der Tat attraktiv – ein Jojo-Steuerfuss nicht.

Beim verbleibenden Defizit und den düsteren Prognosen werden die 93% nicht gehalten werden können. Massive Defizite oder eine rasche Steuerfusserhöhung wären die Folge.

So lange der Stadtrat mit zwei SVP und zwei FDP neben 3 SP Mitgliedern die Aufwandsteigerung nicht in den Griff bekommt und es an einer Kultur der permanenten Leistungsüberprüfung fehlt, ist es nicht ehrlich, wenn die benötigten Gelder nicht gesprochen werden. Auf Mindereinnahmen muss mit einer Aufwandsminderung reagiert werden – diese wurde bereits bei der letzten Senkung des Steuerfusses nicht gemacht. Weshalb soll das jetzt anders sein?

Es braucht also heute und morgen Einnahmen, welche die Ausgaben decken können – sonst hinterlassen wir Schulden – und unseren Nachkommen Belastungen – dazu sind wir nicht bereit.

Cla Famos

Sehr geehrte Gemeinderatspräsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren

Die FDP/CVP-Fraktion plädiert seit Jahren für einen moderaten Steuerfuss in Uster. Ich erinnere daran, dass wir schon vor einigen Jahren eine Steuerfussreduktion gegen den Widerstand der linken Ratsseite durchgesetzt haben. Jetzt ist es wieder einmal so weit.

Uster befindet sich in einem Standortwettbewerb. Dabei ist der Steuerfuss zwar nicht das einzige Kriterium, aber ein wichtiges Element. Ein Drittel der Zürcher Gemeinden haben ihren Steuerfuss gesenkt. Das kantonale Mittel ist um ein Prozent gesunken. Wenn wir die Steuern nicht senken, fallen wir somit real zurück.

Wir sind steuerlich nicht im obersten, aber im oberen Segment. Wenn wir nun auf das kantonale Mittel hinunter gehen können, bringt das eine Entlastung für die Haushalte, und das ist gerade heute besonders wichtig.

Weil wir mit 112% immer noch auf dem kantonalen Mittel sind, erhalten wir auch weiterhin den nach Finanzausgleichsgesetz vorgesehenen Steuerkraftausgleich aus dem Ausgleichsfonds. Wir haben heute zwar mehr gespart, als wir den Bürgern durch Steuersenkung zurückgeben. Aber eine stärkere Senkung wäre im Moment nicht opportun, weil die Stadt sonst aus dem Steuerkraftausgleich fallen würde. Für die Zukunft wünscht sich die FDP aber, dass man auch diese Hürde überspringt und in einem nächsten Jahr einen weiteren mutigen Schritt nach unten macht. Denn die Steuerreduktion ist die beste Standort- und Wirtschaftsförderung.

Cla Famos, Gemeinderat FDP

Werner Kessler führt aus, dass er sich im Zwiespalt befindet. Immer noch werden Leute entlassen, die Spitze der Rezession ist noch nicht erreicht. Man sollte sich an das Sprichwort halten: Spare in der Zeit, dann hast Du in der Not!

Stefan Feldmann

*Frau Präsidentin
Geschätzte Kolleginnen und Kollegen*

Nach dem Sparmenue kommen wir nun also zum vermeintlich süssen Dessert: Zum Antrag, den Steuerfuss für nächstes Jahr um zwei Prozent zu senken. Gleich vorweg: Die SP-Fraktion lehnt diesen Antrag ab.

Diskussionen rund um den Steuerfuss neigen bekanntlich dazu, wenig mit Fakten, dafür aber umso mehr mit Glaubenbekenntnissen und Ideologie zu tun zu haben. Auf bürgerlicher Seite heisst einer dieser Glaubensgrundsätze: Steuersenkungen sind immer gut, denn dadurch bleibt jede und jedem mehr Geld im Portemonnaie.

Natürlich, wenn der Steuerfuss sinkt, zahlt jede und jeder von uns weniger Steuern. Die Frage ist allerdings, wem wieviel mehr im Portemonnaie bleibt. Und wie lange. Schauen wir uns mal drei Beispiele an.

Als erstes eine Familie mit einem steuerbaren Einkommen von 40'000 Franken und ohne steuerbarem Vermögen. Diese Familie spart bei einer zweiprozentigen Steuerfussenkung 19.60 Franken. Dumm nur hat sie einen Hund und muss für diesen wegen der pauschalen Kürzung im Geschäftsfeld Publikumsdienst inskünftig 20 Franken mehr an Hundesteuern zahlen.

Nehmen wir als nächstes eine Familie mit einem steuerbaren Einkommen von 60'000 Franken und einem steuerbaren Vermögen von 270'000 Franken. Damit entspricht sie im übrigen genau dem durchschnittlichen Ustermer Steuerzahler. Dieser Durchschnittsfamilie bleibt dank der zweiprozentigen Steuerfussenkung 59.65 Franken im Portmonnaie. Dumm nur, dass sie für ihre beiden Kindern inskünftig den Blockflöten- und den Schwimmunterricht, der wegen der pauschalen Kürzung im Geschäftsfeld Primarschule inskünftig wegfällt, aus dem eigenen Sack berappen muss.

Und als letztes nehmen wir eine Familie mit einem steuerbaren Einkommen von 350'000 Franken und einem Vermögen von 1,5 Millionen Franken. Sie zahlt inskünftig 674.65 Franken weniger Steuern, was sie bei ihrem Einkommen und Vermögen kaum merken wird. Was sie merken und ärgern wird, ist dass sie wegen der pauschalen Kürzung im Geschäftsfeld Hochbau und Vermessung nun deutlich länger auf die Behandlung ihres Baugesuchs für das neue Haus warten muss. Wenn es ganz dumm läuft, ärgert sie sich so darüber, dass sie an einen anderen Ort zieht, wo die Verwaltung eben nicht so langsam und schwerfällig ist.

Das ideologische Sprüchlein, eine Steuerfussenkung Sorge dafür, dass allen mehr im eigenen Portemonnaie bleibt, entpuppt sich, wenn man sich die Mühe nimmt und das Ganze wirklich zu Ende denkt, als reine Milchbüchlirechnung, denn irgendjemand hat diese Senkung durch Leistungsabbau zu bezahlen. In Uster sind dies die Kinder, denen Klassenlager und Schwimmunterricht gestrichen werden, Familien, die inskünftig mehr für den Musikunterricht zahlen müssen, Hundebesitzer, die höhere Hundesteuern zahlen müssen, Hausbesitzer und das Gewerbe, welches inskünftig länger auf die Bewilligung von Baugesuchen warten müssen, öV-Benutzerinnen und Benützer, denen in den Abendstunden das Busangebot ausgedünnt wird. Und diese Liste liesse sich noch problemlos verlängern.

Liebe Kolleginnen und Kollegen auf der bürgerlichen Seite, Sie haben eingangs der Budgetdebatte in den schwärzesten Farben das Bild einer Stadt gemalt, welche vor dem sicheren finanziellen Bankrott steht, wenn jetzt nicht mit aller Vehemenz das Steuer herumgerissen und kräftig gespart wird. Ich glaube zwar nicht, dass dieses Bild stimmt, aber wenn stimmt, was Sie behaupten, dann ist es nun völlig widersinnig der Stadt weitere Mittel zu entziehen, dann führt dies letztlich einzig und allein dazu, dass das Eigenkapital schneller aufgebraucht wird als geplant.

Eine Steuerfussenkung in diesem geringen Ausmass ist keine nachhaltige Investition, die sich später auszahlt, sondern sie ist schlicht und einfach der Abbau von Reserven, Reserven, die wir – so haben sie ihr Sparen im Rahmen der Budgetdebatte begründet – ja eben genau nicht haben bzw. denen wir Sorge geben müssen. Ich behaupte, auf die Art und Weise, wie sie heute Abend hier in diesem Rat Finanzpolitik machen, auf diese Art und Weise würden sie niemals die Finanzen ihres privaten Haushaltes, ihres Geschäftes, ihres Bauernhofes oder ihrer Stiftung führen.

Uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ist aber eine Stadt, die sich ihre Handlungsmöglichkeiten erhält, eine Stadt, die weiter die Qualitäten fördert, die unsere Stadt eben genau attraktiv machen und damit neue Einwohnerinnen und Einwohner und neue Unternehmen und damit neue Steuerzahler anlockt, uns ist eine solche Stadt mehr wert als die paar Franken, die auch wir durch diese Steuerfussenkung gewinnen würden. Und wird sind überzeugt, dass auch die Ustermerinnen und Ustermer – die ja notabene trotz dem offenbar so unattraktiven Steuerfuss bei uns wohnen geblieben oder im vergangenen Jahr so zahlreich zu uns gezogen sind – dies genauso sehen.

Mit bestem Dank. Stefan Feldmann

Simone Michel ergreift das Wort. Augenwischerei ist eine 2 % Steuerfussenkung. Sie erinnert an ihren Kollegen Thomas Wüthrich, der im Spital liegt und sich im Laufe dieses Jahres so sehr für das Projekt Krämeracker eingesetzt hat. In diesem Zusammenhang soll ja jetzt ein neues Projekt Schulhaus Krämeracker lanciert werden für 3 Mio. Franken, auch das muss generiert werden. Weiter die schwindenden Landreserven usw. Eigentlich müsste man eine Steuererhöhung beantragen, die Grünen unterstützen aber eine Beibehaltung des aktuellen Steuerfusses.

Die Vorsitzende gibt die Zahlen bekannt bei einer zweiprozentigen Kürzung des Steuerfusses auf 93 %.

1. Die Laufende Rechnung des Voranschlages 2010 sieht einen Aufwandüberschuss von 4'392'250 Franken vor;
2. Die Nettoinvestitionen des Verwaltungsvermögens betragen 20'565'000 Franken;
3. Die Nettoinvestitionen des Finanzvermögens betragen 700'000 Franken;
4. Der Steuerfuss beträgt 93 Prozent des einfachen Steuerertrages von 70'526'000 Franken.

Keine weiteren Wortmeldungen mehr erwünscht.

Abstimmung:

Der Gemeinderat beschliesst

mit 18 : 16 Stimmen

Der Steuerfuss 2010 zur Deckung des Aufwandes der Politischen Gemeindegutes wird auf 93 % des einfachen Steuerertrages festgesetzt.

6 Investitionsrechnung des Voranschlages 2010

Keine Wortmeldungen erwünscht.

Abstimmung

Der Gemeinderat beschliesst

mit 32 : 1 Stimmen

Der Voranschlag 2010 wird in der vorliegenden Form, unter Berücksichtigung der in der Detailberatung beschlossenen Änderungen und Anpassungen, mit einem Aufwandüberschuss von Fr.4'392'250 in der laufenden Rechnung, Nettoinvestitionen des Verwaltungsvermögens in der Höhe von Fr. 20'565'000 und Nettoinvestitionen des Finanzvermögens von Fr. 700'000 genehmigt.

7 Laufende Rechnung 2010

Balthasar Thalmann führt aus, dass die SP-Fraktion die laufende Rechnung ablehnen wird. Die beschlossenen Kürzungen führen zu einer Verschlechterung des Standortes Uster: die schlechtere Verkehrserschliessung, die Kürzungen bei der Ausbildung der Kinder usw. Die Senkung des Steuerfusses führt zu einem künstlich provozierten Defizit für die Zukunft. Die bürgerliche Politik will vermeintlich sparen aber diese Hauruck-Methode führt zu nichts. Er stellt fest, dass in diesem Rat viele Gemeinderäte das politische Handwerk nicht ihr eigen nennen können.

Cla Famos

Abschliessende Bemerkungen zur Budgetdebatte

Sehr geehrte Gemeinderatspräsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren

Die FDP/CVP Fraktion setzt sich seit Jahren für gesunde Finanzen ein. Nach Bekanntgabe des Budgets durch den Stadtrat im Oktober war uns klar, dass etwas getan werden musste. Wir konnten es nicht zulassen, dass der Stadtrat erst nächstes Jahr mit Sparen beginnt.

Die Debatte und die Vorwürfe von der linken Seite haben es gezeigt: Mit Sparen macht man sich unbeliebt. Aber nur bei den Staatsprofis, die immer mehr Geld ausgeben wollen. Wenn ich dagegen mit den Bürgerinnen und Bürgern rede, kommt mir sehr viel Verständnis entgegen für unseren Sparkurs. Die Leute wissen aus eigener Erfahrung, was es heisst, in diesen Zeiten sparen zu müssen. Und sie verstehen nicht, warum man bei der Stadt 6 Mio mehr ausgeben soll. Deshalb bin ich enttäuscht, dass von der linken Seite praktisch kein Sparvorschlag gekommen ist, ja sogar noch weitere Erhöhungen beantragt wurden.

Die Sparaufträge sind realistisch und machbar. Das beweist der Stadtrat selber, indem er uns innert weniger Tage schon einen ansehnlichen Plan vorgelegt hat, wo gespart werden könnte. Wir appellieren aber jetzt an den Stadtrat, nun sinnvoll und mit Augenmass zu sparen, und nicht aus Trotz einfach ganze Angebote wie den Schwimmunterricht rauszukippen.

Uster braucht einen attraktiveren Steuerfuss. Wir haben jetzt mit Investitionen 3 Mio gespart. Davon wollen wir einen Teil durch eine Steuersenkung wieder den Bürgern zurück geben, die sich besonders stark am Steueraufkommen beteiligen. Damit sich Leistung wieder lohnt. Damit Uster als Wohn- und Wirtschaftsstandort attraktiver wird. Und damit nächstes Jahr der Stadtrat von Anfang an einen klaren Spardruck hat.

30% Kostensteigerung in 5 Jahren! Ich sage es klipp und klar: Wir haben zu lange zugewartet. Aber wir sind zufrieden, dass es uns wenigstens dieses Jahr gelungen ist, die unsägliche Kostenexplosion dieses Jahr zu bekämpfen. Damit ist die Tendenz endlich gebrochen. Weitere Sparanstrengungen werden nötig sein. Und wir erwarten vom Stadtrat nächstes Jahr wie von ihm versprochen klare Konzepte dazu.

Cla Famos, Gemeinderat FDP

Balthasar Thalmann repliziert auf das Plädoyer von Cla Famos und fordert ihn auf, die zur Verfügung stehenden parlamentarischen Instrumente zu ergreifen, um zu handeln. Diese Budgetdebatte 2010 hinterlässt bei ihm ein fahler Nachgeschmack.

Keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmung

Der Gemeinderat beschliesst

mit 21 : 13 Stimmen

Die Leistungsaufträge 2010 – 2013 und Globalbudgets 2010 der Geschäftsfelder Steuerung und Führung, Bürger- und Parlamentsdienste, Kultur, Finanzen, Liegenschaften, Infrastrukturbau und Unterhalt, Stadtraum und Natur, Hochbau und Vermessung, Koordination Bildung, Sicherheit, Publikumsdienste, Soziale Sicherheit, Gesundheit, Betreutes Wohnen, Sport , Sozialhilfe und Primarschule werden mit den in der Detailberatung beschlossenen Änderungen und Anpassungen bzw. Kürzungen und der Laufenden Rechnung 2010 genehmigt.

Die nächste Gemeinderatssitzung findet am 25. Januar 2010 statt.

Schluss der Sitzung

22.30 Uhr

Für das Protokoll

Die Parlamentssekretärin
Catherine Wenzel

Die Richtigkeit und Vollständigkeit
des Protokolls bezeugen

Datum

Die Präsidentin
Claudia Wyssen

Datum

Die Stimmenzähler:

Stefan Feldmann

Walter Meier

Andres Kunz